

# **Kapitel 1.3: Theorien in den Internationalen Beziehungen**

Von Gert Krell

## **Kapitelübersicht:**

1. Was ist und wozu dient Theorie?
2. Klassische (Groß-)Theorien
  - 2.1 Realismus
  - 2.2 Liberalismus
  - 2.3 Institutionalismus
  - 2.4 Marxismus
3. Neuere (Groß-)Theorien
  - 3.1 Feminismus
  - 3.2 Konstruktivismus
4. Politisch-psychologische Theorien
5. Anmerkungen
6. Weiterführende Literatur

## 1. Was ist und wozu dient Theorie?

„Die Frage, was Theorie ist, lässt sich nicht einfach beantworten. Deshalb wird sie häufig gar nicht erst gestellt.“ So beginnt der Artikel „Theorie“ im Lexikon der Politik.<sup>1</sup> In der Tat, auch in den Internationalen Beziehungen<sup>2</sup> kommt die Mehrzahl der Studien und Beiträge immer noch ohne erklärte Theorie aus, jedenfalls wird sie nicht thematisiert – wobei hier in globaler Perspektive erhebliche regionale und kulturelle Unterschiede in Rechnung zu stellen sind.<sup>3</sup> Die Schwierigkeit der Frage zeigt sich aber nicht nur darin, dass sie häufig gar nicht erst gestellt wird, sie wird auch von denen, die sich mit Theorie(n) beschäftigen, sehr unterschiedlich beantwortet. Vom Ursprung des Wortes her hat Theorie (von griechisch theorein) etwas mit anschauen, zuschauen, betrachten, mit erwägen, beachten, untersuchen, beurteilen und mit erkennen, verstehen zu tun. Schon in diesem Ursprung zeigen sich verschiedene Aspekte dessen, was wir heute mit Theorie(n) verbinden. Da ist zunächst der Gegensatz zur Praxis, also die mehr oder weniger passive, teilnehmende, vielleicht aber auch reflektierende Beobachtung; das heißt die bloße Betrachtung kann auch schon dazu übergehen, dass man sich ein Bild von einer Sache macht. Eine Sache oder ein Sachverhalt wird also nicht nur betrachtet, sondern auch beachtet, er wird untersucht und geprüft, mit dem Ziel, ihn (oder etwas Drittes) besser erkennen oder verstehen zu können.

Theorie befindet sich offenbar immer in einem bestimmten, mehr oder weniger distanzier-ten Verhältnis zur Realität, aber in welchem? Und welche Realität oder welcher Teil der Realität ist gemeint, wenn wir das „anschauen“, was alles im weitesten Sinne mit den internationalen Beziehungen zu tun hat? Um Klarheit zu schaffen, von welchen Bereichen der Anwendung von Theorie man jeweils spricht, empfiehlt es sich deshalb, sie zum einen nach ihren Funktionen im Erkenntnisprozess zu klassifizieren, zum anderen nach der Analyse-Ebene der von ihr erschlossenen Gegenstände.<sup>4</sup>

Zu den zentralen Bestandteilen oder Stationen eines vollständigen Erkenntnisprozesses in den Internationalen Beziehungen (wie in den Sozialwissenschaften überhaupt) gehören folgende grundsätzliche Fragestellungen: (1) wie sollte die (politische) Welt sein, (2) wie erkenne ich die (politische) Welt, (3) wie ist die (politische) Welt beschaffen und (4) wie soll ich in der (politischen) Welt handeln bzw. wie kann ich mein Handeln (oder das Handeln anderer) rechtfertigen und beurteilen? Mit der ersten und der vierten Dimension beschäftigen sich in den Internationalen Beziehungen nicht nur explizit normative Theorien oder Forschungen, die sich an völkerrechtlich oder ethisch begründeten Kriterien für Außenpolitik, internationale Politik, Weltordnung oder Weltpolitik orientieren. Sie ist in fast allen Arbeiten

zur Internationalen Politik zumindest indirekt enthalten, weil es um bestimmte Ereignisfolgen oder Handlungsketten geht, die – unter angebbaren Bedingungen oder Entscheidungen – auch anders hätten ablaufen können. An diesem „hätten auch anders laufen können“ gibt es in den Sozialwissenschaften in der Regel kein bloß ästhetisches oder rein technisch-wissenschaftliches Interesse. Ohne Beurteilungen, Bewertungen oder gar Empfehlungen kommt keine IB-Forschung aus.<sup>5</sup>

Die zweite Dimension ist das Gebiet der Erkenntnistheorie und der Methodologie. Zwar spiegeln sich auch in den IB die großen sozialwissenschaftlichen Kontroversen darüber, welche Gültigkeit gewonnene Erkenntnisse für sich in Anspruch nehmen können und wie, mit welchen Methoden man überhaupt zu gültigen Aussagen gelangen kann. So etwa zwischen „Traditionalismus“ (stärker geisteswissenschaftlich orientiert und von der Ideengeschichte, der Diplomatie und dem Völkerrecht inspiriert, Vorrang hermeneutischer Methoden) und „Szientismus“ (stärker am Vorbild der Naturwissenschaften orientiert, Vorrang quantitativer Methoden) in den sechziger und siebziger oder zwischen „Positivismus“ und „Postpositivismus“ in den neunziger Jahren. Aber sie stehen nicht im Zentrum der inhaltlichen Auseinandersetzungen in den IB. In Deutschland ist die quantitative IB-Forschung ohnehin nicht sehr stark vertreten, und Kommunikation zwischen den methodisch unterschiedlichen Hauptrichtungen gibt es nur wenig. Postpositivistische Kritik am etablierten Wissenschaftsbetrieb findet sich teilweise im Feminismus, im radikalen Konstruktivismus und in der „critical IR theory“, wiederum mehr in den USA und in Großbritannien als in der Bundesrepublik.<sup>6</sup>

Theorie(n) kommen aber auch und gerade in der Analyse dessen, was ist, zur Anwendung, und das scheint keineswegs selbstverständlich, wie eingangs schon angedeutet. Gleichwohl besteht heute in den Sozialwissenschaften weitgehend Konsens darüber, dass es kein Erfahrungswissen ohne Theorie gibt. Jede Realität bedarf der Interpretation, die bloße Aneinanderreihung von Ereignissen oder die Zusammenstellung beliebiger Daten oder Texte ergibt von sich aus keinen Sinn; wir sind darauf angewiesen, Zusammenhänge herzustellen, die Wirklichkeit zu deuten. Es sei denn, es komme uns darauf an zu zeigen, dass sie ohne jeden Zusammenhang oder ohne jeden Sinn sei. Das wäre eine extrem agnostische Position, höchst unbefriedigend und nur selten, in der Wissenschaft eigentlich gar nicht vertreten.<sup>7</sup> Ganz abgesehen vom unserem Interesse an Deutung, an Erklärung (z.B. unter welchen Bedingungen kommt es zu Kriegen, unter welchen lassen sie sich verhindern?): die Realität ist uns ohne Deutung gar nicht zugänglich, sie erschließt sich uns nicht einfach so, sondern überhaupt nur durch Interpretation(en). Das beginnt schon mit der Sprache, mit der wir Wirklichkeit erfassen, strukturieren und bewerten. Damit sind wir unweigerlich im Bereich der Theorie(n).

Wir können die unendliche Vielfalt der (politischen) Realität nicht einfach „abbilden“, diese Vorstellung ist überholt. Wir eignen sie uns an, wir stellen in ihr eine Ordnung her, deren Triftigkeit wir plausibel machen können, die wir aber der wissenschaftlichen Diskussion und Kontroverse überantworten müssen. Der berühmte deutsche Soziologe Max Weber (1864-1920) hat diese Form der „Aneignung“ der Realität schon 1904 wie folgt formuliert:

(...) keines jener Gedankensysteme, deren wir zur Erfassung der jeweils bedeutsamen Bestandteile der Wirklichkeit nicht entraten können, kann ja ihren unendlichen Reichtum erschöpfen. Keins ist etwas anderes als der Versuch, auf Grund des jeweiligen Standes unseres Wissens und der uns jeweils zur Verfügung stehenden begrifflichen Gebilde, Ordnung in das Chaos derjenigen Tatsachen zu bringen, welche wir in den Kreis unseres Interesses jeweils einbezogen haben. (...) was sie [die Wissenschaft, G.K.] allein leisten kann: Begriffe und Urteile, die nicht die empirische Wirklichkeit sind, auch nicht sie abbilden, aber sie in gültiger Weise *denkend ordnen* lassen.<sup>8</sup>

Nun sind diese „begrifflichen Gebilde“, mit denen wir die empirische Wirklichkeit denkend ordnen, nicht einheitlich. Wir haben es in den IB – wie in anderen Wissensgebieten auch – mit konkurrierenden Theorien zu tun, und zwar auf verschiedenen Ebenen.

Die zweite Unterscheidung bezieht sich auf den Einzugsbereich (Gegenstand) und die Reichweite (Gültigkeitsanspruch) von Theorie(n). Als Tendenz können wir formulieren, dass der Gültigkeitsanspruch von Theorien mit einem sehr weiten Einzugsbereich in den Sozialwissenschaften geringer ist als der von Theorien mit einem sehr engen Einzugsbereich. Wir sprechen deshalb auch von „empirischen Theorien“, wenn sie sich auf einem bestimmten, engen Teilgebiet der Realität (der internationalen Beziehungen) an „harten Daten“ bewährt haben und einen vorläufig gesicherten Zusammenhang etwa zwischen zwei Variablen (Messgrößen) plausibel begründen. Auch bei solchen relativ sicheren Aussagen handelt es sich nicht um Gesetze, die immer und überall gelten, sondern um Tendenzen, die eine bestimmte Wahrscheinlichkeit für sich in Anspruch nehmen können. Über den empirischen Theorien sind die so genannten Bereichstheorien anzusiedeln, die sich um zentrale Kategorien oder um Teilbereiche der internationalen Beziehungen wie Macht, Frieden, Integration, Entwicklung, Kooperation, Gleichgewicht oder Rüstungskontrolle, Welthandel, Internationale Organisationen gruppieren.

Noch allgemeiner als diese Bereichstheorien sind diejenigen Gedankengebäude oder Denktraditionen in den Internationalen Beziehungen, die man als Großtheorien oder Weltbilder bezeichnen kann. Diese Großtheorien beziehen sich auf die internationalen Beziehungen insgesamt. Sie machen unterschiedliche Aussagen darüber, was die Welt im Innersten zusammenhält, wie man im Anschluss an Goethes Faust formulieren könnte; wobei hier freilich nicht die physikalische Welt, sondern natürlich die politische Welt gemeint ist. Großtheorien in den IB verwenden unterschiedliche zentrale Kategorien, formulieren allgemeine Annahmen und machen unterschiedliche Aussagen über die entscheidenden Akteure und ihre Ziele oder Präfe-

renzen, über die Qualität und die Struktur ihres Handlungsumfeldes, über die zentralen Antriebsmomente der internationalen Politik, ihre grundlegenden Probleme und ihre Entwicklungsperspektiven. Sie sind wie grobmaschige Netze, die das unendliche Meer der Fakten und Möglichkeiten auf je eigene Weise organisieren und vorstrukturieren.<sup>9</sup>

### Schaubild

#### Der Baum der Erkenntnis: Theorie(n) in den Internationalen Beziehungen<sup>10</sup>

*Wie soll ich handeln (oder Handeln bewerten?)*  
(Konsequenzen aus der Verbindung von normativer Theorie,  
Epistemologie und Ontologie)

*Wie erkenne ich die (politische) Welt?*  
(Epistemologie, Methodologie)  
1. Traditionalismus vs. Szientismus,  
Positivismus vs. Postpositivismus  
2. Epistemologische Großtheorien  
(Positivismus, Krit. Rationalismus,  
Realist. Konstrukt., Krit. Theorie)

*Wie ist die (politische) Welt beschaffen?*  
1. Weltbilder wie Realismus, Liberalismus,  
Institutionalismus, Marxismus, Feminismus,  
Konstruktivismus., pol.-psychol. Theorien  
2. Bereichstheorien (z.B. Entwicklungstheorie,  
Friedenstheorie, Integrationstheorie)  
3. Empirische Theorien

*Wie sollte die (politische) Welt sein?*  
(Normative Theorien)  
Politische Philosophie  
Ethik  
Völkerrecht  
Normative IB-Theorie

Wie viele Weltbilder (Großtheorien über grundlegende Mechanismen in den internationalen Beziehungen) es in den IB gibt, welche zum Kern gehören oder wie sie sonst zu klassifizieren sind, ist umstritten. Manche Autoren vertreten die Auffassung, die Welt der IB-Theorie lasse sich auf den immer wiederkehrenden Gegensatz zwischen „Idealismus“ und „Realismus“ reduzieren. Andere gehen von den drei großen klassischen politischen Theorietraditionen der Moderne aus, die sie auch in der IB-Theorie zu finden glauben: Konservatismus (in der Terminologie der IB: Realismus), Liberalismus und Marxismus. In vielen neueren Beiträgen zur IB-Theorie taucht der Marxismus gar nicht mehr auf, wird stattdessen der Liberalismus aufgeteilt zwischen (neoliberalem) Institutionalismus und (eigentlichem) Liberalismus und der Konstruktivismus hinzugenommen. Ulrich Menzel strukturiert seine umfassende Theorie und

Geschichte der Lehre von den Internationalen Beziehungen zwar am Gegensatzpaar Realismus und Idealismus, kommt aber durch die Ausdifferenzierung nach Interessenorientierung (Allgemeinwohl versus Eigenwohl) und leitenden Prinzipien (Ideen versus materielle Strukturen) ebenfalls auf vier Großtheorien. Das sind bei ihm Institutionalismus, Realismus, Idealismus und Strukturalismus, für die als klassische politische Theoretiker Hugo Grotius (1583-1645), Thomas Hobbes (1588-1679), Immanuel Kant (1724-1804) und Karl Marx (1818-1883) stehen.<sup>11</sup> Martin List bringt in seiner Einführung in die Internationale Politik vier Theorietraditionen in ein fiktives Streitgespräch: (R) für Realismus, (I) für Idealismus/Institutionalismus, (K) für Kognitivismus/Konstruktivismus und (G) für gesellschaftskritische Ansätze, die dem Historischen Materialismus verpflichtet sind.<sup>12</sup> Die von Siegfried Schieder und Manuela Spindler herausgegebene handbuchartige Übersicht schließlich behandelt 18 verschiedene Theorien der internationalen Beziehungen, die lose vier Gruppen zugeordnet werden; und zwar ähnlich wie in der wohl umfassendsten Sammlung mit 80 Texten zur IB-Theorie, die ihre vier Bände (1) um den Realismus, (2) den Pluralismus (ausgehend vom Liberalismus), (3) den Strukturalismus (ausgehend vom Marxismus) und (4) die „Reflexiven Theorien“ (dazu rechnen u. a. Konstruktivismus und Feminismus) organisiert.<sup>13</sup>

Ich selbst orientiere mich ebenfalls an einer „Politischen Theorie“ der Internationalen Beziehungen, das heißt beziehe wie viele andere die Großtheorien in den IB auf allgemeine politikwissenschaftliche Denktraditionen, nehme aber jüngere Entwicklungen wie den Feminismus und den Konstruktivismus als eigenständige Denkweisen auf und berücksichtige außerdem Theorie-Ansätze, die aus der Politischen Psychologie kommen.<sup>14</sup> Diese insgesamt sieben „Denkweisen“ in den IB sind unterschiedlich stark mit historischen oder aktuellen politischen Strömungen verbunden. Aber keine der Großtheorien oder Weltbilder in den IB ist – jedenfalls unter demokratischen Bedingungen – bloße Legitimationswissenschaft für politisch handelnde Gruppen. Großtheorien müssen sich auch und vor allem in der Wissenschaft selbst – auch in der Theorienkonkurrenz untereinander – bewähren. Das lässt sich auch daran erkennen, dass sich in jeder Großtheorie verschiedene Varianten herausbilden und dass die Übergänge zwischen den Weltbildern in den IB oft fließend sind.

## 2. Klassische (Groß-)Theorien

### 2.1 Realismus

Der „Realismus“ ist nicht nur die am weitesten verbreitete Großtheorie in den IB, sie ist auch diejenige, auf die sich alle anderen Großtheorien in ihrer Abgrenzung und Kritik immer wieder beziehen. Entstanden ist er vor dem Hintergrund der großen Weltkrise in der Mitte des 20. Jahrhunderts mit dem Aufkommen des Faschismus und des Stalinismus, dem Scheitern des Völkerbundes und dem Zweiten Weltkrieg, schließlich dem Kalten Krieg zwischen Ost und West. Das lässt sich bis in die Biographien führender Begründer des Realismus verfolgen, die zum Teil ihre politisch-intellektuelle Laufbahn als „Idealisten“ begannen, sich aber dann den „Realitäten“ der Machtpolitik beugten. Sie kritisierten die „Machtvergessenheit“ des Idealismus, einer führenden Zeitströmung in der Frühphase der IB nach dem Ersten Weltkrieg, die mit ihren Hoffnungen auf Völkerverständigung und friedlicher internationaler Zusammenarbeit zu naiv gewesen sei und den historischen Test nicht bestanden habe.<sup>15</sup>

Die zentrale Kategorie des Realismus ist „Macht“, das zentrale Antriebsmoment der internationalen Beziehungen demnach das Streben nach Macht. Damit steht der Realismus in einer langen Tradition politischen Denkens. Als intellektuelle Vorläufer können z.B. Max Weber, Thomas Hobbes, Niccolò Machiavelli (1469-1527) oder auch der altgriechische Historiker Thukydides (460-406 v. Chr.) gelten, jedenfalls nehmen „Realisten“ häufig auf diese Autoren Bezug. Dabei ist das Verhältnis des Realismus zur Macht durchaus zwiespältig. Im modernen Realismus ist von der skrupellosen Anwendung der Macht (z.B. zum Wohle des Fürsten, so wie bei Machiavelli) nicht mehr die Rede. Max Weber etwa unterscheidet ausdrücklich zwischen Macht um ihrer selbst willen (die er als verantwortungslos ablehnt) und Funktionsmacht, die jede Politik braucht, die etwas erreichen will.<sup>16</sup> Hans-Joachim Morgenthau (1904-1980), einer der Begründer des modernen Realismus, fordert zwar, die Machtgesetzlichkeit der Politik anzuerkennen – wer das nicht tut, der wird scheitern –, aber er will diese Anerkennung ausdrücklich mit dem Ziel der Mäßigung, der Machtbändigung verbinden. Es geht ihm um „vernünftige“ Machtpolitik. Auch Thukydides „Geschichte des Peloponnesischen Krieges“ ist keineswegs, wie noch der Philosoph Friedrich Nietzsche (1844-1900) meinte, ein hohes Lied auf die Machtpolitik, mit der sich die Stärkeren gegen die weniger Mächtigen durchsetzen. Es ist eher die Geschichte einer überzogenen Machtpolitik: Athen geht schließlich an seiner eigenen Maßlosigkeit zugrunde.<sup>17</sup>

Für das Streben nach Macht in den iB gibt der Realismus unterschiedliche Ursachen an. Bei Morgenthau, der seinen „*politischen*“ *Realismus* (in Abgrenzung vom Realismus in der Erkenntnistheorie oder in der Kunst) nach eigenen Angaben auf Einsichten in das Wesen des Menschen, wie es wirklich sei, und auf die Geschichte, so wie sie tatsächlich ablaufe, gründet, liegt der Ursprung der Politik in der menschlichen Natur. Die Natur des Menschen aber ist unabhängig von Zeit und Ort nicht nur vom Selbsterhaltungs-, sondern vor allem auch von einem Machtrieb bestimmt, von der Lust, andere zu beherrschen. Dieser „*animus dominandi*“ lässt sich zwar durch Vernunft einhegen, aber er bleibt eine mächtige Wirkkraft, die auch eine sittlich gebundene Machtpolitik in Rechnung stellen muss, wenn sie erfolgreich sein will. Wegen dieser Begründung bezeichnet die IB diesen Ansatz auch als „*anthropologischen*“ Realismus. Er wird auch „*klassischer*“ Realismus genannt, um ihn von einer neueren Variante, dem „*Neorealismus*“ abzugrenzen.

Der *Neorealismus*, den Kenneth Waltz ausführlich begründet hat, dessen Grundkonzeption aber schon bei John Herz (1908-2005) vorliegt, interessiert sich weniger für die Natur des Menschen. Hier ist die Machtkonkurrenz kein biologisches oder anthropologisches Problem, sondern ein soziales, das sich aus der Struktur des internationalen Systems ergibt. Die Struktur des internationalen Systems ist dadurch gekennzeichnet, dass eine übergeordnete Ordnungs- und Sanktionsmacht, vor allem ein Gewaltmonopol fehlt. Diesen Zustand bezeichnet der Realismus als „*anarchisch*“. Unter den Bedingungen der Anarchie bleibt den Staaten gar nichts anderes übrig, wenn sie überleben wollen, als ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, d. h. vor allem für ihre Sicherheit Sorge zu tragen. Hier liegt ein wichtiger Akzentunterschied zum klassischen Realismus. Staaten betreiben Machtpolitik nicht aus einem menschlichen Machtrieb heraus; ihr Hauptinteresse ist gar nicht die Macht, sondern die Sicherheit. Aber Sicherheit erwirbt man eben auch nur durch Machtmittel. Macht- und Gegenmachtbildung, im Idealfall ein Machtgleichgewicht, sind zwangsläufig, ja fast automatisch zentrale Instrumente der Überlebenssicherung und gleichzeitig der Stabilisierung der Staatenbeziehungen. So heißt es bei Waltz zusammenfassend: „*Balance-of-power politics prevail wherever two, and only two, requirements are met: that the order be anarchic and that it be populated by units wishing to survive*“.<sup>18</sup> Da alle Staaten vor derselben zentralen Herausforderung stehen, nämlich das Überleben in der Anarchie sicherzustellen, werden bei Waltz ihre Machtpotentiale zu dem einzigen Medium, das sie wirksam unterscheidet; sie sind gleichzeitig die „*Münze*“ der *Balance-of-Power* Politik.

Weil der Neorealismus die Ursachen der Machtpolitik in der (offenen) Struktur des internationalen Systems ansiedelt und nicht in der Natur des Menschen, nennt ihn die IB auch



„strukturellen Realismus“. Dieser strukturelle Ansatz lässt sich sehr eindrucksvoll an der Kategorie des „Sicherheitsdilemmas“ erläutern, die John Herz in einem Aufsatz von 1950 vorgestellt hat. Auch bei Herz treibt nicht die Herrschsucht der Menschen die Staaten in die Machtpolitik, sondern die Angst um ihre Sicherheit. Individuen, Gruppen (und Staaten), die in einer Konstellation leben, die des Schutzes „von oben“ entbehrt (also in der „Anarchie“, wie Waltz sagen würde), müssen um ihre Sicherheit vor Angriffen, Unterwerfung, Beherrschung oder Vernichtung durch andere Gruppen (Staaten) fürchten, eine Besorgnis, die „sich aus der Sachlage selber ergibt“. Um sich zu schützen, sehen sie sich gezwungen, Macht zu akkumulieren, um der Macht der anderen begegnen zu können. Das aber macht die anderen erst recht unsicher, und sie antworten ihrerseits wieder mit Machtanhäufung: „Da sich in einer Welt derart konkurrierender Einheiten niemand je ganz sicher fühlen kann, ergibt sich ein Wettlauf um die Macht, und der Teufelskreis von Sicherheitsbedürfnis und Machtanhäufung schließt sich.“<sup>19</sup> Das heißt also, das Sicherheitsdilemma besteht auch – oder genauer gesagt – gerade und nur dort, wo keine Seite aggressive Absichten verfolgt!

Sowohl der anthropologische als auch der strukturelle Realismus schränken die Wahlmöglichkeiten für politisches Handeln in den internationalen Beziehungen und damit auch die Fortschrittsperspektive erheblich ein: im einen Fall durch den Machttrieb des Menschen, der elementar biopsychologisch begründet ist; im anderen Fall durch die Struktur des internationalen Systems, für das keine (wirksame) übergeordnete Schutz- und Sanktionsmacht in Aussicht steht. Aber beide determinieren die internationale Politik nicht völlig, es bleibt ein Spektrum von Verhaltensoptionen. Im klassischen Realismus ist eine Zügelung des Machttriebs möglich und sinnvoll, besteht die politische Herausforderung also nicht nur darin, Machtübergriffen durch Gegenmachtbildung zu begegnen, sondern auch darin, Macht sittlich verantwortlich und vernünftig einzusetzen. Nur: viele Mächtige haben nachweislich kein Interesse an einer Einhegung ihrer Macht, und oft ist es für diejenigen, die davon möglicherweise negativ betroffen sind, aufgrund des Sicherheitsdilemmas schwierig einzuschätzen, welche Variante von Machtstrategie die andere Seite denn nun tatsächlich verfolgt.

Im strukturellen Realismus bleibt offen, ob die Staaten sich darauf konzentrieren, eine einmal erreichte machtpolitische Position zu halten, oder ob sie ihre Machtposition im Streben nach Sicherheit immer weiter ausdehnen (müssen). Bei Waltz heißt es wörtlich: „They (die Staaten, G.K.) are unitary actors, who, at a minimum, seek their own preservation and, at a maximum, drive for universal domination.“<sup>20</sup> Aber das ist natürlich eine Differenz um’s Ganze, und es wäre doch von äußerstem intellektuellem und praktischem Interesse herauszufinden, warum die einen nur „preservation“, die anderen aber „universal domination“ wollen.

Aus dieser Offenheit haben sich im Realismus weitere Varianten gebildet. So wird im strukturellen Realismus auch zwischen „defensivem“ und „offensivem“ Realismus unterschieden. Während etwa Joseph Grieco die Staaten als „defensive Positionalisten“ bezeichnet, die in der Interaktion mit anderen Staaten sehr genau auf die „relative gains“ achten, also auf die Verteilung der Gewinne aus der Zusammenarbeit, die aus Sicherheitsgründen langfristig nicht zu ihren Lasten gehen darf, nimmt z.B. John Mearsheimer an, dass die Staaten aufgrund ihres Strebens nach Sicherheit in einer prinzipiell unsicheren Umwelt geradezu dazu verdammt sind, ihr Machtpotenzial zu maximieren, auch wenn sie sich dabei übernehmen.<sup>21</sup> Eine andere Variante des Realismus variiert die „Machtmechanik“ bei Waltz dahingehend, dass sie zwischen die Machtpotenziale der Staaten und ihre Gleichgewichtspolitik eine intervenierende Variable einfügt, nämlich die Wahrnehmung der Bedrohung. Staaten bilden nicht automatisch Gegenmacht, sie schließen sich u. U. auch einer starken Macht an; das hängt immer davon ab, welche Macht sie als Bedrohung bzw. als die stärkere Bedrohung empfinden.<sup>22</sup> Es gibt also keine Automatik in der Gleichgewichtspolitik, sie wird vielmehr über Deutungen, d. h. in diesem Fall von relativen Freund-Feind-Interpretationen gesteuert.

Der Realismus steht in der deutschen Debatte nicht mehr hoch im Kurs. Die einen rechnen ihn zum „alten Eisen“, d. h. zu einem historischen Theoriebestand, der nicht mehr den politischen Anforderungen unserer Zeit entspreche und deutlich unter dem in den IB erreichten Theorie-Niveau bleibe. Andere werfen ihm die Verbindung zu machtpolitisch überzogener und moralisch fragwürdiger Politik oder sogar die Verantwortung dafür vor. Beide Einschätzungen oder Vorwürfe halte ich für problematisch. Zunächst ist zu beachten, dass es sich beim Realismus um eine sehr heterogene Theorietradition handelt. Er reicht vom Macht glorifizierenden, hoch ideologisierten und letztlich wahnhaft irrationalen Superrealismus des Nationalsozialismus (der überhaupt nur in engen Grenzen theoriefähig oder theoriwillig war<sup>23</sup>) über zynisch, aber rational kalkulierende Macht- und Interessenpolitik bis zu einer moderaten „realistischen“ Politik, die die Realität der Macht sittlich bändigen will.

Was das Verhältnis zur Machtpolitik angeht, so möchte ich z.B. daran erinnern, dass es gerade nicht „die Realisten“ waren, die die USA in den Irak-Krieg geführt haben, sondern eine Koalition aus „Kalten Kriegern“ und Neokonservativen. Viele Realisten innerhalb und außerhalb der Bush-Administration haben vor dem Krieg gewarnt.<sup>24</sup> Und was die Ergiebigkeit oder Aktualität des realistischen Paradigmas betrifft, so sind auch in diesem Punkt Differenzierungen angezeigt. So halte ich z.B. das „Sicherheitsdilemma“ nach wie vor für ein geradezu geniales Konzept. Damit ist überhaupt nicht gesagt, dass internationale Konflikte allein mit dem Sicherheitsdilemma erklärt werden könnten. Das lässt sich am Beispiel des Ersten Weltkrie-

ges sehr gut diskutieren, der vielfach als ein typisches Produkt dieses Dilemmas verstanden und sicher auch fehlgedeutet wurde. Diese verbreitete Fehldeutung erfüllte eine wichtige Entlastungsfunktion im Verhältnis zu den Vergiftungen der Kriegsschulddebatte, denn für das Sicherheitsdilemma war ja keine Seite verantwortlich; die Politik war eben in den Krieg „hineingeschlittert“. Aber sie vernebelte gleichzeitig die gesellschaftlichen Triebkräfte und politischen Fehlentscheidungen, die das Sicherheitsdilemma erst zum Problem gemacht und in den Krieg geführt hatten. Gleichwohl trifft, wie neuere Diskussionen zeigen, das Sicherheitsdilemma auch in diesem Fall einen wichtigen Aspekt, vor allem wenn man es nicht als Ursache, sondern als eine Voraussetzung für den Krieg begreift.

Was den klassischen Realismus angeht, so möchte ich noch einmal auf Richard Ned Lebows herausragende Würdigung als „tragische Vision der Politik“ zurückkommen. Diese Sichtweise ist bei allen drei Autoren, die Lebow ausführlich diskutiert (neben Thukydides und Hans J. Morgenthau auch Carl von Clausewitz, der preußische Reformler und Theoretiker des Krieges), in Zeiten schwerer politischer Umbrüche und Krisen entstanden, die mit exzessiver Gewalt verbunden waren. (Für Clausewitz waren es die schwere Niederlage Preußens und die napoleonischen Kriege, die ihn für die Zukunft der Nationalstaaten ein gegenüber dem Absolutismus dramatisch gesteigertes Gewalt- und Eskalationspotenzial bis hin zum „totalen Krieg“ befürchten ließen.) Das skeptische Welt- und Menschenbild, das die genannten Autoren aus diesen bitteren politischen und zum Teil auch persönlichen Erfahrungen gewonnen haben, hat sie gerade nicht zu Zynikern der Macht oder gar des Krieges (das wäre auch im Fall von Clausewitz ein grobes Missverständnis) werden lassen. Ganz im Gegenteil: eine einigermaßen menschliche und friedliche Ordnung hat für sie einen umso höheren Stellenwert gewonnen. Dieses Ziel ist aber nur mit maßvoller und verantwortungsbewusster Politik zu realisieren, die sich ausdrücklich an den ethischen Maßstäben ihrer Zeit orientiert:

Like Thucydides, Morgenthau put great emphasis on the determining choices of leaders, and those decisions in turn reflected their vision, character and ethical commitments. (...) He never flagged in efforts to use his conceptual skills to help improve the human condition despite his deep pessimism at times about the willingness of leaders and people alike to learn from experience, control their passion and rise above momentary calculations of narrow self-interest.<sup>25</sup>

## 2.2. Liberalismus

Auch der Liberalismus in den IB ist eine sehr breite und heterogene Theorietradition.<sup>26</sup> Dazu gehört z.B. der Handelsliberalismus, auf den ich hier nicht eingehen kann. Auch der Institutionalismus kann historisch dem Liberalismus im weitesten Sinne zugerechnet werden. So trat die Regimetheorie in ihren Anfängen als „neoliberal institutionalism“ auf, und in vielen

Texten wurde sie einfach als „liberalism“ bezeichnet. Inzwischen hat sich für die Regimeanalyse jedoch die Bezeichnung Institutionalismus oder „rationalistischer Institutionalismus“ durchgesetzt. Dadurch ist in den IB der Begriff „Liberalismus“ für die Wiederbelebung eines anderen, breiteren Strangs der liberalen Theorie frei geworden.

Der Kern liberaler Theoriebildung in den IB, die in Deutschland vor allem im Rahmen der Friedensforschung schon in den siebziger Jahren von sich reden machte und in den USA dann in den achtziger und neunziger Jahren an Gewicht gewann, und zugleich die entscheidende Differenz zum Realismus (wie auch zum Institutionalismus) besteht in der Verlagerung des Fokus der Analyse. Nicht der Staatenwelt, ihrer Machtverteilung oder ihren Kooperationshindernissen, sondern den Präferenzbildungsprozessen in den einzelnen staatlich organisierten Gesellschaften gilt das vorrangige Interesse des heutigen IB-Liberalismus. Für die liberale Theorie der internationalen Beziehungen ausschlaggebend ist, dass die bevorzugten Handlungsoptionen der Staaten durch die Aufnahme und Umwandlung von Anforderungen aus ihrem gesellschaftlichen Umfeld entstehen. Staaten haben keine einheitlichen Vorstellungen von ihren Zielen und Interessen, wie viele Realisten und InstitutionalistInnen annehmen; sie folgen Interpretationen und Kombinationen von Sicherheit, Wohlfahrt und Souveränität, so wie sie von demokratischen Mehrheiten oder mächtigen Interessengruppen definiert werden. Auch im Liberalismus können Staaten um ihre Sicherheit besorgt sein, kann es zwischen ihnen zu (gewaltsamen) Konflikten kommen. Aber diese entstehen nicht aufgrund einer bestimmten Mächtekonstellation oder aus Unsicherheit, sondern aufgrund divergierender staatlich repräsentierter gesellschaftlicher Präferenzen.<sup>27</sup>

Zwar gilt die liberale IB-Theorie für alle Bereiche der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen, aber der Zusammenhang zwischen Herrschaftsform und Gewalt, konkret zwischen Demokratie und Frieden, hat die größte Aufmerksamkeit in der Forschung gefunden. In Deutschland hat Ernst-Otto Czempiel 1972 diesen Zusammenhang als erster theoretisch neu begründet.<sup>28</sup> Der Kern des Arguments lautet, dass partizipatorische Herrschaftssysteme einen hohen Konsens erzielen und deshalb weitgehend gewaltfrei sind. Herrschaftssysteme aber, die nach innen weitgehend gewaltfrei sind, werden auch in den Beziehungen zu ihrer internationalen Umwelt die Gewalt vermeiden, was die Verteidigung freilich nicht ausschließt. Die demokratische Friedenstheorie kann auf einen breiten Fundus an neuzeitlicher Theoriebildung zurückgreifen.<sup>29</sup> Schon der alte republikanische Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts hatte argumentiert, die Verbreiterung der politischen Partizipation und Repräsentation werde die Außenpolitik der Staaten zügeln, weil mehr Menschen die Gelegenheit bekommen, über Aktivitäten mitzubestimmen, deren Lasten und Risiken sie im Zweifel selbst zu tragen haben

und nicht mehr auf andere abwälzen können. Nur wenn sich spezifische Interessengruppen, die am Krieg oder am Imperialismus verdienen, des Staates bemächtigen, wird die mäßigende pazifizierende Wirkung gesellschaftlicher Partizipation in der Außenpolitik wieder aufgehoben. Am häufigsten wird in diesem Zusammenhang die Schrift des großen Philosophen Immanuel Kant „Vom ewigen Frieden“ aus dem Jahre 1795 genannt, der damals schon einen engen Zusammenhang zwischen einer Verfassung, die durch Gewaltenteilung, Repräsentation und Rechtsstaatlichkeit charakterisiert ist, und der Perspektive des Friedens herstellte:

Wenn wie es in dieser Verfassung nicht anders sein kann, die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, „ob Krieg sein solle, oder nicht“, so ist nichts natürlicher, als dass, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müssten (als da sind: selbst zu fechten; die Kosten des Krieges aus ihrer eigenen Habe herzugeben; die Verwüstung, die er hinter sich lässt, kümmerlich zu verbessern; zum Übermaße des Übels endlich noch eine, den Frieden selbst verbitternde, nie (wegen naher immer neuer Kriege) zu tilgende Schuldenlast selbst zu übernehmen), sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen: Da hingegen in einer Verfassung, wo der Untertan nicht Staatsbürger, die also nicht republikanisch ist, es die unbedenklichste Sache von der Welt ist, weil das Oberhaupt nicht Staatsgenosse, sondern Staatseigentümer ist, an seinen Tafeln, Jagden, Lustschlössern, Hoffesten u.d.gl. durch den Krieg nicht das mindeste einbüßt, diesen also wie eine Art von Lustpartie aus unbedeutenden Ursachen beschließen, und der Anständigkeit wegen dem dazu allezeit fertigen diplomatischen Korps die Rechtfertigung desselben gleichgültig überlassen kann. (...) der Glanz seines [des Fürstenstaates, G.K.] Oberhauptes besteht darin, dass ihm ohne dass er sich eben selbst in Gefahr setzen darf, viele Tausende zu Gebot stehen, sich für eine Sache, die sie nichts angeht, aufopfern zu lassen.<sup>30</sup>

Das ist das rationalistisch-utilitaristische Zentrum der liberalen Friedenstheorie: Wenn sich die Interessen der Bürger bei den politischen Entscheidungen durchsetzen, dann gibt es keine (Angriffs-)Kriege mehr. Es kommen bei anderen Theoretikern institutionelle, kulturelle und herrschaftssoziologische Aspekte hinzu. Herrschaftssysteme, die keinen Repressionsapparat brauchen, haben auch keinen Militärapparat, der sich verselbständigen oder für Expansion zu Verfügung stehen könnte. Auch dauern partizipatorische Entscheidungsprozesse in der Regel länger, was ebenfalls die Neigung und die Fähigkeit zu kriegerischen Abenteuern dämpft. Außerdem werden Individuen und Gruppen, die dazu angehalten werden und lernen, ihre persönlichen und sozialen Konflikte gewaltfrei auszutragen, den Zwang zum Kompromiss internalisieren und auf ihre internationalen Beziehungen übertragen. Schließlich geben Freiheit und Mitbestimmung der Bürger ihrer republikanisch (wir sagen heute: demokratisch) verfassten Gesellschaft ein hohes Maß an Legitimität. So entsteht weder der Bedarf noch die Versuchung, diesen Konsens durch Verweis auf Bedrohungen von außen, auf einen Feind, gegen den es zu Felde zu ziehen gelte, künstlich herzustellen oder die Frustrationen über ungerechte oder repressive Herrschaft nach außen abzuleiten.

Die breite quantitative und nicht-quantitative empirische Forschung zum demokratischen Frieden bestätigt die Theorie nur zum Teil. Nur eine Minderheit der Forscherinnen und Forscher sieht Demokratien generell als friedfertig an. Eine andere Minderheit sieht nach wie vor keinen Zusammenhang zwischen Herrschaftsform und Kriegs- bzw. Friedensneigung. (Das

heißt, auch Demokratien führen Angriffskriege, auch Nicht-Demokratien verhalten sich friedlich.) Die Mehrheit vertrat lange Zeit den „Doppelbefund“, der besagt, dass Demokratien zwar untereinander so gut wie keine Krieg führen, sehr wohl aber gegen Nicht-Demokratien, und zwar keineswegs nur zur Verteidigung.<sup>31</sup> Einige Forscher erklärten dieses Ergebnis mit einer Variante des Sicherheitsdilemmas. Demokratien vertrauen anderen Demokratien, von ihnen fühlen sie sich nicht bedroht. Herrschern, die ihre eigene Bevölkerung unterdrücken, die nach innen sogar Gewalt anwenden, trauen Demokratien dagegen auch in den internationalen Beziehungen nicht. Kommt es zu einem Konflikt mit einer Nicht-Demokratie, dann rechnen Demokratien nicht mit Zurückhaltung, und sie verhalten sich selbst entsprechend rigide. Im politischen Verkehr zwischen Demokratien entstehen also positive Rückkopplungen des Vertrauens, wird das Sicherheitsdilemma entschärft. Zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien kommt es nicht zu dieser Vertrauens-, sondern im Gegenteil zu einer Misstrauensspirale.<sup>32</sup> Freilich läuft die historische Empirie teilweise genau in die entgegengesetzte Richtung: Die großen global agierenden Demokratien haben in der Dritten Welt vielfach autoritären Regimen viel mehr vertraut als demokratischen Regierungen oder Demokratisierungstendenzen.

Obwohl manche Autoren schon davon sprechen, der Zusammenhang zwischen Demokratie und Frieden oder genauer: die fast vollständige Abwesenheit des Krieges zwischen Demokratien sei eine der wenigen Quasi-Gesetzmäßigkeiten in den internationalen Beziehungen, bleibt der Befund umstritten. Instabile Demokratien, so die Untersuchungen von Mansfield und Snyder, führen sogar mehr Krieg als autoritäre Regime, sie führen auch Kriege gegen andere Demokratien. Auch Menschen in Demokratien sind für Nationalismus, ja sogar für Appelle an Krieg und Heroismus anfällig oder können für Kriegsbereitschaft manipuliert werden.<sup>33</sup> Reichhaltiges Anschauungsmaterial bieten dafür nicht nur die Beinahe-Kriege zwischen Demokratien im 19. und 20. Jahrhundert, sondern auch die Geschichte der frühen westlichen Demokratien, die deutsche Geschichte, in jüngerer Zeit der Demokratisierungsprozess in Ost- und Südosteuropa bzw. in Russland und anderen GUS-Staaten.

Nimmt man das Nord-Süd-Verhältnis hinzu, dann gerät auch für stabile und reife Demokratien die „Unschuldsvermutung“ ins Wanken. So lassen sich z. B. der Vietnamkrieg oder der israelisch-palästinensische Konflikt und andere Nord-Süd-Kriege keineswegs mit dem Sicherheitsdilemma allein erklären. Hier ging und geht es auch um Macht- und Herrschaftsinteressen von Demokratien bis hin zu expansionistischen Tendenzen. Schließlich gilt es, vielfältige Formen der Intervention unterhalb des Krieges zu bedenken, mit denen die demokratischen Industriestaaten Entwicklung im Süden behindert bzw. gewaltsame Auseinandersetzungen in Entwicklungsländern direkt und indirekt gefördert haben. Ein besonders drama-

tisches Beispiel für diesen Zusammenhang sind die wiederholten Interventionen der USA gegen Demokratie und Menschenrechte in Guatemala:

The war [der Bürgerkrieg in Guatemala, G.K.] began in 1960, six years after the 1954 U.S. intervention ousted the popularly elected government of Jacobo Arbenz. (The last U.S. president to tell the truth about U.S.-Guatemalan relations was Dwight Eisenhower, who proudly acknowledged the CIA's role in overthrowing Arbenz.) (...) [The guerrilla movement's] political influence grew during the early and mid-1960s as Guatemalan politics offered virtually no legal channel for the expression of social demands. In March 1964, a U.S.-approved military coup led to the cancellation of the 1963 presidential election, which the progressive ex-president Juan José Arévalo had been expected to win. (...) In 1966, the United States became directly involved in counterinsurgency operations in order to 'professionalize' the Guatemalan military. (...) U.S. military advisers were involved in the formation of the death squads, and the head of the U.S. military mission publicly justified their operations. (...) The active support of up to half a million Indians in the uprising of the late 1970s and early 1980s was without precedent in Guatemala, indeed in the hemisphere, and threatened the army's century-old domination of rural Guatemala. The army responded with a scorched-earth war (1981-83) of unprecedented proportions. During those two years, 440 villages were wiped out, between 100,000 and 150,000 civilians were killed or 'disappeared', and more than 1 million persons were displaced.<sup>34</sup>

Kant war im Übrigen das „inhospitable Betragen der gesitteten, vornehmlich handeltreibenden Staaten unseres Weltteils“ gegenüber den fremden Ländern (des Südens), die sie eroberten und deren Einwohner sie „für nichts rechneten“, sehr wohl bewusst.<sup>35</sup> Dieses „für nichts rechnen“ kann im Extremfall auch bei Demokratien bis zur „ethnischen Säuberung“ und zum Massenmord gehen.<sup>36</sup>

Nicht zuletzt wegen des Irak-Krieges hat gerade die deutsche Forschung alle Begründungen für den Zusammenhang zwischen Demokratie und Frieden auf den Prüfstand gelegt. Das Ergebnis ist ernüchternd.<sup>37</sup> Was die Nutzenkalküle der Bürger betrifft, so zeigt die Empirie, dass Demokratien Wege finden, die sozialen Kosten ihrer Kriege zu senken; z.B. dadurch, dass sie Soldaten durch fortgeschrittene Technologie ersetzen. Dabei kommt es zu Veränderungen in der Militärstrategie, die zu Lasten der gegnerischen Zivilbevölkerung, teilweise sogar der eigenen Verbündeten gehen können. Und kann ein Regime als „Schurkenstaat“ dargestellt werden, der Recht und Gesetz verachtet und gewalttätig ist, dann fühlen sich auch Demokratien berechtigt, gegen ihn mit Gewalt vorzugehen. Hier spielt die Versuchung hinein, im Konfliktfall in einem Gegner nicht nur den Gegner, sondern den Feind oder gar „das Böse“ schlechthin zu sehen; eine Versuchung, der nicht nur fundamentalistisch orientierte Politiker oder Gruppierungen erliegen.

Es kommt auch vor, dass ein Land, das als relativ demokratisch eingestuft wurde, plötzlich als Autokratie gilt, wenn es zum Kriegsgegner geworden ist – oder umgekehrt. Ich beziehe mich hier auf Einschätzungen des Deutschen Kaiserreichs in den USA vor und nach Beginn des Ersten Weltkrieges bzw. auf Beurteilungen der Sowjetunion vor und nach dem Kriegsbündnis gegen das nationalsozialistische Deutschland. Im amerikanischen Bürgerkrieg sahen sowohl Nord- als auch Südstaaten, obwohl sie sich im Prinzip durchaus als demokratisch

wahrnahmen, ihre Freiheit und die Zukunft der Demokratie durch die Handlungen der jeweils anderen Seite bedroht.<sup>38</sup>

Schon der historische Liberalismus ist in vielerlei Hinsicht ambivalenter, als die demokratische Theorie unterstellt hat. Und auch die aktuellen demokratischen Staaten zeigen noch ein breites Verhaltensspektrum. D.h. die Grenzlinie des demokratischen Friedens läuft nicht nur zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie, sie verläuft auch mitten durch die Demokratie bzw. durch den Liberalismus. Den Widerspruch zwischen seiner liberalen Fortschrittstheorie und den von ihm selbst eingestandenen gegenläufigen Tendenzen wie expansionistisches Besitzstreben, ungleiche Eigentumsverhältnisse, Kriege und Kolonialismus, die er als mögliche Konsequenzen des bürgerlichen Privateigentums konstatierte, hat Kant nicht ganz auflösen können, obwohl er sich von der damals noch nicht so genannten Globalisierung eine Stütze für moralisches Verhalten erhoffte.<sup>39</sup>

Jedenfalls sollte man mit Jürgen Habermas, der die Berechtigung des kantschen Ansatzes natürlich nicht prinzipiell bestreitet, auch die Widerständigkeiten benennen: die Ambivalenz der kapitalistischen Entwicklung, deren Geldmacht und Handelsgeist keineswegs nur Frieden und Gerechtigkeit befördern, und den Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit von einer überschaubaren, literarisch gebildeten Schicht zu einer von Medien beherrschten Massenöffentlichkeit – wobei ich hinzufügen möchte, dass auch die literarische oder philosophische Bildung, das zeigt gerade die deutsche Geschichte zur Genüge, keine Garantie gegen nationalistische Verdummung oder Rassismus bietet.<sup>40</sup>

Einer Anekdote zufolge soll Mahatma Gandhi (1869-1948), der Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, einmal auf die Frage, was er denn von der westlichen Zivilisation halte, geantwortet haben: „It would be a good idea“. In Analogie mag man die demokratische Friedenstheorie für eine gute Idee halten, für die vieles spricht – in der Theorie wie in der Praxis; und selbstverständlich ist die Diktatur unter keiner Perspektive eine Alternative, obwohl es auch einen „nicht-demokratischen Frieden“ gibt. Aber Demokratie und Frieden gehören nicht so zwingend zusammen, wie wir es gerne hätten; auch in der Demokratie muss der Frieden nach innen wie nach außen „gestiftet“ werden, wie Kant sagen würde. Er ist und bleibe eine aktiv zu gestaltende Aufgabe.<sup>41</sup>

### **2.3. Institutionalismus**

Aus derselben Unsicherheit und Furcht, die im Realismus zu Abgrenzung und Selbsthilfe führt, kann sich nach institutionalistischer Auffassung die Vorstellung gemeinsamer Interessen entwickeln. Diese Vorstellung kann Ergebnis eines rationalen Interessenkalküls sein.



Denn nur wenn alle Beteiligten wechselseitig bestimmte Verhaltensgrenzen akzeptieren, können sie die elementaren Ziele ihres sozialen Überlebens sicherstellen. Sie kann sich aber auch aus der Fähigkeit von Individuen oder Gruppen entwickeln, sich miteinander zu identifizieren oder sich die Interessen der anderen Seite zu Eigen zu machen. Diese Individuen, Gruppen oder auch Staaten gingen damit über ein enges Interessenskalkül hinaus in Richtung einer Wertegemeinschaft. Hier liegt der Ausgangspunkt für eine entscheidende Variation, nämlich für die Differenz zwischen dem „utilitaristischen“ und dem „normativ-reflexiven“ Institutionalismus.<sup>42</sup>

Dass die Staaten im internationalen System – zumindest ansatzweise – eine Interessen- und sogar eine Wertegemeinschaft bilden, diese Auffassung vertritt die so genannte *Englische Schule*, deren zentrale Kategorie nicht das internationale System, sondern die „international society“ ist. Vielfach wird die Englische Schule als Variante des Realismus bezeichnet, aber das ist m. E. eine Fehleinschätzung. Hedley Bull (1932-1985), einer ihrer führenden Vertreter, unterschied selbst zwischen einer hobbesianischen, einer grotianischen und einer kantianischen Tradition IB-relevanter politischer Theorie; schon das spricht für die Unterscheidung zwischen Realismus (für den Hobbes steht), Institutionalismus (Grotius) und Liberalismus (Kant).<sup>43</sup> Der Niederländer Hugo de Groot, genannt Grotius, gilt als einer der Begründer des modernen Völkerrechts. Die Grotianer (die Institutionalisten) sagen gegen die Hobbesianer (die Realisten), dass sich die Staaten nicht in einem ständigen Kampf aller gegen alle befinden oder sich wie Gladiatoren in der Arena verhalten, sondern dass sie durch gemeinsame Regeln und Institutionen gebunden sind. Staaten leben nicht nur im Schatten des Krieges, sie praktizieren vielfältige Verkehrsmöglichkeiten, die meisten davon mehr oder weniger friedlich und mehr oder weniger regelgeleitet.

Wie der Realismus geht auch der Institutionalismus von der „Anarchie“ im internationalen System aus, aber diese Anarchie enthält Elemente der Vergesellschaftung. Nicht zufällig heißt Hedley Bulls Standardwerk von 1977, das vielfach nachgedruckt und 2002 in dritter Auflage erscheinen ist: „*The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics.*“ Auch in der „Anarchie“, d. h. ohne Gewaltmonopol und übergeordnete Sanktionsgewalt, versuchen Staaten, ihr Zusammenleben gemeinsam so zu organisieren, dass ihre Grundziele (Sicherheit vor Gewalt, Verlass auf Verabredungen und Vereinbarungen, Stabilität in ihren Besitzständen) gewährleistet werden:

The element of international society has always been present in the modern international system because at no stage can it be said that the conception of the common interests of states, of common rules accepted and common institutions worked by them has ceased to exert an influence. *Most states at most times pay some respect to the basic rules of coexistence in international society, such as mutual respect for sovereignty, the rule that agreements should be kept, and rules limiting resort to violence.* In the same way most states at most times

take part in the working of common institutions: the forms and procedures of international law, the system of diplomatic representations, acceptance of the special position of great powers, and universal international organisations such as the functional organisations that grew up in the nineteenth century, the League of Nations and the United Nations. *The idea of 'international society' has a basis in reality that is sometimes precarious but has at no stage disappeared.*<sup>44</sup>

Dieses schöne Zitat enthält mehrere zentrale Elemente des Institutionalismus. Einmal das breite Verständnis von Institution, das die weltumspannenden internationalen Organisationen einschließt, aber nicht mit dem Begriff der Organisation identisch ist. „Institution“ – hier im Sinne von „sozialer Institution“ – bedeutet so viel wie ein „Satz von Gewohnheiten und Praktiken, die auf die Verwirklichung gemeinsamer Ziele ausgerichtet sind“.<sup>45</sup> Die wichtigste Institution in der modernen „society of states“ ist die Souveränität. Aber diese Souveränität ist nicht wie im Realismus bloß eine Eigenschaft jedes einzelnen Staates. Im (normativen) Institutionalismus ist staatliche Souveränität ein Ergebnis wechselseitiger Anerkennung, sie ist selbst schon Bestandteil der Regelmäßigkeit in der „anarchical society“. Zu den anderen wichtigen Institutionen rechnet Hedley Bull das Völkerrecht, die Diplomatie oder das gemeinsame (Krisen-)Management der Großen Mächte, zu dem auch der Krieg gehören kann. Damit man diese „großen“ Institutionen besser von den kleineren, auf einzelne Politikfelder bezogenen unterscheiden kann, werden sie in den IB auch „Makroinstitutionen“ oder „primary institutions“ genannt, im Unterschied zu den „Regimen“ (dazu weiter unten), die man als „Mikroinstitutionen“ oder „secondary institutions“ bezeichnen kann.

Auch die „Balance of Power“ ist eine solche Makroinstitution. Der Unterschied zum strukturellen Realismus besteht darin, dass sie sich im Institutionalismus nicht von selbst, gleichsam automatisch, einstellt, wie von einer „unsichtbaren Hand“ gesteuert. (Bei Waltz ist diese Hand das Überlebensinteresse der Staaten unter Bedingungen der Anarchie, eindeutig eine Parallele zum Markt in der Ökonomie.) In der „international society“ wird über die Balance of Power kommuniziert, sie wird zum Gegenstand von intellektuellen Überlegungen, von Verhandlungen und Verabredungen. Alle Makroinstitutionen können sich über Zeit verändern, sie können auch ganz wegfallen oder durch andere ersetzt werden. Als eine wichtige Institution in der „international society“ gilt heute der Grundsatz der Gleichheit aller Menschen, der aber keineswegs am Beginn des modernen Staatensystems stand; damals war es gerade die Ungleichheit der Menschen, aus der sich das dynastische Prinzip und der Kolonialismus als abgeleitete Primär-Institutionen ergaben.<sup>46</sup>

Das lange Zitat von Hedley Bull enthält auch eine Anspielung auf den von David Mitrany (1920-1965) noch während des Zweiten Weltkrieges begründeten Funktionalismus, der davon ausgeht, dass sich durch wachsende wirtschaftliche Verflechtung Zwänge zur Kooperation ergeben, vor allem auch ganz praktisch-technische, die sich in einer ständig wachsenden Zahl

internationaler Organisationen niederschlagen.<sup>47</sup> Und es macht deutlich, dass der Institutionalismus keineswegs naiv idealistisch ist. Zwar geht Bull davon aus, dass Staaten sich nicht nur aus egoistischen Zweckmäßigkeitserwägungen an Regeln halten („rules of prudence or expediency“), sondern dass Moral, Recht und Gesetz ihr eigenes Gewicht gewinnen. In der „international society“ werden Staaten in ein Verhalten sozialisiert, das über egoistische Interessenkalküle hinausgeht. Aber Bull sagt ausdrücklich, dass diese Sozialisationsleistung prekär ist, d.h. nicht immer ausreicht, die Ordnung mithin nicht garantiert.

Die *Regimetheorie*, die rationalistische Variante des Institutionalismus, kommt ohne diese Sozialisationsleistung aus, hier kooperieren die Staaten allein auf der Grundlage von Interessenkalkülen. Die Regimeanalyse ist zunächst in den USA in den siebziger Jahren entstanden, und zwar vor dem Hintergrund der Abschwächung der amerikanischen Hegemonie, der Entspannung zwischen USA und Sowjetunion, der wachsenden weltweiten wirtschaftlichen Verflechtung und des Aufkommens der neuen Globalprobleme wie Energieknappheit und Umweltkrise. Auch hier sind die Titel der „klassischen“ Texte Programm: „Power and Interdependence“ von Robert O. Keohane und Joseph S. Nye oder „After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy“ von Robert O. Keohane. In Europa, insbesondere in Deutschland, ist die Regimeanalyse eine fruchtbare Synthese mit Fragestellungen aus der Friedens- und Konfliktforschung eingegangen.<sup>48</sup>

Der rationalistische Institutionalismus liegt noch näher beim (strukturellen) Realismus als die Englische Schule, weil er nicht nur die Grundannahme der Anarchie teilt, sondern von den Staaten als „rationalen Egoisten“ ausgeht. Aber der (rationalistische) Institutionalismus nimmt an, dass Staaten ein ernsthaftes Interesse an Kooperation haben, weil die einseitige Machtausübung zu suboptimalen Ergebnissen führt und weil bestimmte überregionale oder gar globale Probleme, von denen alle betroffen sind, nicht mehr ohne Zusammenarbeit zu lösen sind. Staaten kooperieren auch ohne drohende Sanktionen einer übergeordneten Macht, wenn sie eine kooperative Regelung ihrer internationalen Konflikte langfristig für nutzbringend halten, wenn sie ein Interesse an der Aufrechterhaltung internationaler Kooperationsmöglichkeiten haben und wenn sie ihren Ruf als verlässlicher Kooperationspartner nicht gefährden möchten. Das Problem besteht freilich nicht darin, dass die Vorteile der Kooperation nicht unmittelbar einsichtig wären. Das Problem besteht darin, dass parallele Interessen zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Grundlage für das Zustandekommen kollektiven Handels sind. Selbst bei identischen Interessen kann es passieren, dass Akteure nicht zur Kooperation finden. Hier gibt es zunächst keinen Dissens mit dem strukturellen Realismus, das Sicherheits-

oder das Kooperationsdilemma, die sich beide aus der offenen Struktur des internationalen Systems ergeben, erkennt der Institutionalismus ausdrücklich an.

Das Kooperationsdilemma lässt sich gut mit einem Gleichnis aus der Spieltheorie verdeutlichen, nämlich der Hirschjagd. Man stelle sich vor, fünf Menschen, die in der Lage sind, sich zu verständigen, kommen zusammen in einer Situation, in der sie alle großen Hunger haben. Um diesen Hunger zu stillen, würde jedem ein Fünftel eines Hirschs ausreichen. Also verabreden sie, gemeinsam einen solchen zu jagen. Das Projekt hat aber nur Aussicht auf Erfolg, wenn alle ihre Aufgabe konzentriert erfüllen und sich an die Absprachen halten. Um den Hunger eines Einzelnen zu stillen, würde freilich auch ein Hase ausreichen. Was passiert also in dem Moment, in dem ein Hase bei einem der fünf Menschen, die sich im Wald postiert haben, auftaucht? Er schießt den Hasen, und der Hirsch entkommt. Damit ist die Grundlage für die Kooperation entfallen, aber der Schütze hat keineswegs irrational gehandelt. Denn wie kann er sich darauf verlassen, dass nicht eine(r) der anderen vier den Hasen schießt, wenn er ihn laufen lässt? Dann hätte er nämlich gar nichts, weder ein Fünftel eines Hirschen noch einen ganzen Hasen. Wenn es in der „Anarchie“ harmonisch zugehen soll, dann muss sich also jeder/jede nicht nur selbst rational (im Sinne der langfristigen, gemeinsamen Interessen) verhalten, er oder sie muss auch davon ausgehen können, dass sich alle anderen an die *kollektive* Rationalität halten.

Das „Spiel“ Hirschjagd lässt sich auf alle Situationen in der internationalen Politik übertragen, in denen Staaten wählen müssen zwischen (langfristig) gewinnbringender, aber unsicherer Kooperation auf der einen und unilateraler Vorteilssuche, die weniger, aber dafür (kurzfristig) sicheren Gewinn verspricht, auf der anderen Seite. Der rationalistische Institutionalismus behauptet nun, dass solche Dilemma-Situationen überwunden werden können, und zwar durch so genannte „internationale Regime“. Internationale Regime (nicht zu verwechseln mit „Regimen“ im Sinne von Herrschaftssystemen) sind definiert als norm- und regelgeleitete Formen der Kooperation zwischen Staaten zur politischen Bearbeitung von Konflikten oder Problemfeldern in den internationalen Beziehungen. (Wegen der konkreten Politikfelder wie z.B. dem Ozonloch, der Verunreinigung der Ostsee oder der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen heißen die Regime in den IB auch Mikroinstitutionen oder „secondary institutions“.) Regime sind nicht identisch mit internationalen Organisationen (die UNO oder die NATO sind *keine* Regime), sie sind ein Konstrukt aus Verabredungen und Erwartungen, die das Verhalten der beteiligten Akteure in einem Problemfeld regulieren. Regime können allerdings internationale Organisationen schaffen oder sich bereits bestehende zunutze machen.

Regime institutionalisieren Kooperation durch vier hierarchisch miteinander verbundene Mechanismen: *Prinzipien* formulieren eine gemeinsame Problemsicht und eine gemeinsame Zielvorstellung. (So würde sich die Zerstörung der Ozonschicht auf Dauer überall nachteilig auswirken, und sie kann nur durch gemeinschaftliches Handeln geschützt werden, da die anthropogene Verursachung erkannt ist. Durch das Ozonregime, das über gemeinsame Verabredungen der Vertragspartner die Anwendung der kritischen Stoffe immer weiter reduzierte und schließlich ganz verbot, sollte sichergestellt werden, dass keiner der Beteiligten die Konkurrenzvorteile anderer aufgrund der billigeren, aber schädlichen FCKW-Produktion befürchten musste.)<sup>49</sup> *Normen* sind allgemeine Verhaltensstandards, die den Weg zur Problemlösung im Sinne von Geboten und Verboten angeben. (So z.B. im NV-Regime: Du sollst keine Nuklearwaffen erwerben – für die Nichtnuklearwaffenstaaten – bzw. Du sollst keine Nuklearwaffen weitergeben – für die Nuklearwaffenstaaten.) *Regeln* bezeichnen in der Regimeanalyse spezifische Verhaltensvorschriften, welche die Normen konkretisieren und ihre Einhaltung im Einzelnen mess- und überprüfbar machen; also etwa die zum Teil sehr umfangreichen detaillierten Verabredungen und Bestimmungen in einer Vielzahl regionaler und globaler Regime auf den verschiedensten Gebieten (Wirtschaft, Umweltschutz, Menschenrechte, Sicherheit), so wie sie sich mit unterschiedlichem Erfolg in den internationalen Beziehungen inzwischen herausgebildet haben. *Verfahren* schließlich sind eine Art Regeln für den Umfang mit den Regeln bzw. mit dem Regime insgesamt. Dazu gehören Bestimmungen für die Überprüfung von Vereinbarungen, für die Streitschlichtung bei Auslegungskonflikten, für die Beschlussfassung oder die Neuaufnahme von Mitgliedern.

Im Realismus steht die Kooperation im Schatten der Macht- und Sicherheitskonkurrenz, kooperieren die Staaten überwiegend aus taktischen Überlegungen, geht von ihr geht keine eigenständige Bindungswirkung aus. Institutionen verändern die Kooperationsneigung der Staaten nicht, denn die Staaten werden sie in ihrem Sinne beeinflussen, wenn es ihre Interessen erfordern oder ihre Macht erlaubt. Auch defensive Realisten, die nicht von der Dominanz unvereinbarer Interessensgegensätze in der internationalen Politik ausgehen, sondern das Sicherheits- oder Kooperationsdilemma in den Vordergrund stellen, bleiben skeptisch. Sie argumentieren, dass Staaten oft nicht genau wissen, ob sie sich in einem solchen Dilemma oder in einem „echten“ materiellen Interessenkonflikt befinden; eine Fehleinschätzung kann hier sehr teuer werden. Oder Misstrauen und Furcht vor unlauteren Absichten der Gegenseite sind einfach zu groß, um dauerhaft Kooperation zu etablieren.<sup>50</sup>

Der (rationalistische) Institutionalismus nimmt demgegenüber an, dass Staaten, die ihre eigenen Interessen verfolgen, Möglichkeiten suchen und finden, auch in einer nicht hierarchi-

schen oder nicht hegemonialen Ordnung (also in einer Ordnung, in der es keinen Hegemon gibt, der für eine Art freiwillige „hegemoniale Stabilität“ sorgt) Kooperation zu institutionalisieren. Es kommt insbesondere dann zur Kooperation, wenn Staaten ohnehin defensiv orientiert sind, wenn unkooperatives Handeln zu suboptimalen Ergebnissen für alle Beteiligten führt, und bei zunehmender Interdependenz zwischen Staaten bzw. ihren Gesellschaften. Die Vermittlung zwischen der offenen Struktur des internationalen Systems auf der einen und der erwünschten und als sinnvoll erachteten Zusammenarbeit leisten „internationale Regime“, Mikroinstitutionen, die Erwartungssicherheit über das Verhalten anderer Akteure stabilisieren, die Information verbessern und die Kosten für Kommunikation und Kooperation senken.

## 2.4 Marxismus

Als marxistisch kann man zunächst alle jene Theorietraditionen bezeichnen, die sich ausdrücklich und positiv auf Karl Marx berufen. Im Laufe von 150 Jahren ist das allerdings ein sehr breites, heterogenes Feld geworden mit vielen Kontroversen und Übergängen zu anderen Theorietraditionen. Was die internationalen Beziehungen angeht, so lässt sich ganz allgemein Folgendes formulieren: Für Marxisten stehen nicht die Staaten per se oder die Anarchie der Staatenwelt im Zentrum der Analyse, sondern der Kapitalismus, der sich in Staaten organisiert und zugleich einen Weltmarktzusammenhang konstituiert. Der Marxismus sieht ähnlich wie der Liberalismus die Staaten also nicht als Billardkugeln, die unterschiedslos oder nur durch Machtpotenziale differenziert auf der internationalen Ebene miteinander in Beziehung treten. Auch er schaut in die Staaten hinein und stellt einen Zusammenhang zwischen Gesellschaft und internationalen Beziehungen her. Aber der Marxismus setzt den Akzent anders als der Liberalismus. Für den Marxismus ist die Gesellschaftswelt eine kapitalistische, und das hat Konsequenzen. Eine dieser Konsequenzen ist, dass die Marxisten die Welt der kapitalistisch organisierten Nationalstaaten gleichzeitig als eine durch den Weltmarkt hierarchisch strukturierte Welteinheit begreifen. So unterstellen z.B. einige (nicht alle!) Marxisten eine Verbindung zwischen armen und reichen Ländern, zwischen Entwicklung und Unterentwicklung, so wie das Karl Marx selbst schon für die ursprüngliche Akkumulation und den Kolonialismus getan hat.

Marx hat aber im Grunde keine Theorie der zwischenstaatlichen Beziehungen entwickelt. Schon für ihre eigene Zeit haben Karl Marx und Friedrich Engels, (1820-1895) der kapitalistischen Globalisierung den Vorrang vor den Staatenbeziehungen eingeräumt. Nach Marx schafft der Kapitalismus die materiellen Voraussetzungen für die Befreiung der Menschen aus

Armut und Not und aus ihrer Abhängigkeit von der Natur; er schafft zugleich die Voraussetzungen dafür, dass dieser Reichtum allen zugute kommen wird, wenn das Proletariat im Endergebnis der globalen Vergesellschaftung durch die kapitalistische Entwicklung als weltweit vereinigte Klasse die Bourgeoisie entmachtet und selbst die Produktion planmäßig organisiert. Die Befreiung der Arbeiterklasse wird die Befreiung aller Klassen sein, und diese Befreiung wird zugleich universal sein. Ganz in diesem Sinne verstand sich die von den Bolschewiki in Russland 1917 organisierte Oktoberrevolution nicht als nationale Revolution, sondern als Beginn der Weltrevolution, der sich die fortgeschrittenen Industrieländer bald anschließen würden. Da die Weltrevolution jedoch ausblieb, musste die KPdSU die Rolle der sowjetischen Revolution neu definieren. Sie wurde umgedeutet zu einem im historischen Ansatz stecken gebliebenen Versuch einer weltweiten Organisation vereinter sozialistischer Nationen. An ihrer universalen Zielsetzung hat die KPdSU jedoch bis kurz vor dem Untergang des Sowjetkommunismus festgehalten, erst Michael Gorbatschow hat allgemeine Menschheitsinteressen über den verstaatlichten Klassengegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus gestellt und damit die Auflösung der parteikommunistischen Theorie der internationalen Beziehungen eingeleitet.<sup>51</sup>

Als *intellektuelle* Tradition ist der Marxismus viel breiter als der Partei-Marxismus, er hat sich vielfach sogar in Opposition zur staatlich verwalteten und sanktionierten Version entwickelt. Der Widerspruch zwischen dem „real existierenden“ Sozialismus einerseits und den ursprünglichen Hoffnungen und Ansprüchen andererseits wurde ebenso zu einer Herausforderung für die marxistische Theorie wie die Fortdauer und Fortentwicklung des Kapitalismus, der sich nicht nur als produktiver, sondern auch als politisch attraktiver erwies. Die Ergebnisse dieser Auseinandersetzungen haben auch in den Internationalen Beziehungen zur Entstehung eines „offenen Marxismus“ beigetragen, der sich nicht nur kritisch mit der historischen Vergangenheit des Kommunismus, sondern auch mit Karl Marx selbst auseinandersetzt und über ihn hinausgeht. Freilich gibt es dabei große Unterschiede, das Spektrum reicht von partiellen, angesichts der Entwicklungen unvermeidlichen Modernisierungen bis zur Forderung nach einer radikalen Reform der marxistischen Theorie. Für die Internationalen Beziehungen sind heute drei Varianten marxistischer Theoriebildung von Interesse. Die *Regulationstheorie* diskutiert schwerpunktmäßig die Stabilisierung der einzelnen kapitalistischen Nationalökonomien in der Phase des „Fordismus“ und kommt erst über Analogiebildungen zu den internationalen Beziehungen. Der *transnationale historische Materialismus* befasst sich mit transnationalen „historischen Blöcken“ und „Hegemonien“, die sich aus der grenzüberschreitenden Verflechtung von Produktion, Klassen und Ideologien entwickeln. Die *Weltsystemtheorie*

schließlich stellt den integrierten kapitalistischen Weltmarkt ins Zentrum ihrer Analyse. Ich kann hier nur zwei der drei Varianten diskutieren.<sup>52</sup>

### 2.4.1 Regulationstheorie

Bei der *Regulationstheorie* handelt es sich um einen Versuch, die Kontinuität des Kapitalismus und zugleich seine verschiedenen historischen Erscheinungsformen und seine Krisen zu begreifen, für die es keine durchgängige Logik der Geschichte gibt. Ihre beiden zentralen Kategorien sind „Akkumulationsregime“ und „Regulationsweise“. Mit Akkumulation (wörtlich: Anhäufung) ist gemeint, dass alle, die für Märkte unter Konkurrenzbedingungen produzieren, bei Strafe des Untergangs gezwungen sind, Gewinne zu machen, indem sie Waren in Geld verwandeln und dieses Geld nach Abzug der Kosten wieder produktiv investieren, damit sie konkurrenzfähig bleiben und weiter Kapital in Waren und Waren in Kapital umwandeln können. Das Akkumulationsregime bezieht sich auf bestimmte historisch abgrenzbare Formen der Produktion, die Regulationsweise auf die sozialen und politischen Regulierungsformen, die mit dem jeweiligen Akkumulationsregime korrespondieren. Aus der Sicht der IB ist nun interessant, dass sich das Problem des Zusammenhangs zwischen Akkumulation und Regulation nicht nur auf nationalstaatlicher, sondern auch auf internationaler Ebene stellt. Da die nationalstaatlichen Akkumulationsregime international vernetzt sind, bedürfen sie auch der internationalen Regulation. Der Akkumulationsprozess im Weltmaßstab braucht zwischen- und überstaatliche regulative Mechanismen zur Gewährleistung eines einigermaßen stabilen internationalen Waren-, Arbeits-, Geldwährungs- und Kapitalverkehrs.

Ich möchte das Gesagte am Beispiel des „Fordismus“ verdeutlichen. Als Fordismus bezeichnet die Regulationstheorie die historische Form des Kapitalismus, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die siebziger Jahre des 20. Jhdts. die globalen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse geprägt hat. Die Bezeichnung dieser historischen Epoche des Kapitalismus als „fordistisch“ greift auf den Namen des Großunternehmers Henry Ford (1863-1947) zurück, der als erster in den 1920er Jahren in den USA die (halb)automatisierte Fließbandproduktion von Automobilen eingeführt hat und mit dieser Management-Revolution die Produktivität dramatisch steigern konnte. Die durchschnittliche Arbeitszeit, die für den Zusammenbau eines Autos benötigt wurde, sank bei Ford 1914 von 13 auf 1,5 Stunden.<sup>53</sup> Das Akkumulationsregime des Fordismus, das sich auf andere Branchen ausweitete und unter Führung der USA dann nach dem Zweiten Weltkrieg in allen industrialisierten Ländern verbreitet hat, zeichnet sich durch folgende Merkmale aus:



- die Ausnutzung von Produktionsreserven (vornehmlich durch intensiviert und verbesserte Arbeitsteilung, Stichwort: Fließband)
- die Massenproduktion standardisierter Konsumgüter
- die Erschließung der Binnenmärkte durch neue Transportmöglichkeiten (Automobil) und durch kontinuierliche Steigerung der Lohneinkommen
- die allmähliche Durchkapitalisierung der Gesellschaft, d.h. die immer weitere Einbeziehung von Produktion und Dienstleistungen in die Warenökonomie
- ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum.

Das fordistische Akkumulationsregime war jedoch nur deshalb so erfolgreich, weil es durch eine ihm entsprechende Regulationsweise abgesichert wurde. Denn die neue Fließband-Technologie war wegen der hohen Investitionen und der drastisch gestiegenen Produktivität sehr empfindlich gegenüber Störungen in der Produktion und Schwankungen in der Nachfrage. So musste u. a. sichergestellt werden, dass es genügend Menschen gab, die die großen Mengen langlebiger Konsumgüter auch kaufen konnten. Die entscheidenden Lohnsteigerungen, die die nötige Massenkaufkraft sicherstellten, ergaben sich erst im Laufe der dreißiger Jahre, und zwar aus Sitz-Streiks einer sich stärker gewerkschaftlich organisierenden Arbeiterschaft in den Fließbandfabriken und aus einer gewerkschafts- und arbeiterfreundlichen Gesetzgebung im Rahmen des „New Deal“:

Workers and employers may or may not have understood the macroeconomic consequences of unionization. In hindsight, however, unionization resolved most of the problems of macroeconomic stabilization associated with the assembly line. High and rising wages meant that aggregate demand rose. Long-term contracts with generous health and unemployment benefits stabilized aggregate demand by removing the long-term risk of going into debt to buy cars and houses. Wage increases linked directly to productivity gains assured some balance between supply and demand. The United States promoted its style of unionization in Europe after the war, diffusing this particular solution to demand-side stability.<sup>54</sup>

Der Staat dehnte seine soziale und ökonomische Interventionstätigkeit aus, er entwickelte sich zum keynesianischen Wohlfahrtsstaat, der sein gesamtwirtschaftliches Steuerungsinstrumentarium ausbaute.<sup>55</sup>

Die globale Durchsetzung des Fordismus erforderte neue Formen der internationalen Regulation, um den in der Krise der 1930er Jahre zusammengebrochenen Welthandel neu zu beleben und die Kapitalakkumulation im Weltmaßstab wieder auf eine sichere Grundlage zu stellen. Diese internationale Regulation besorgte einmal der Internationale Währungsfonds (IWF), der ein System fester Wechselkurse einrichtete und bei Zahlungsbilanzdefiziten Kredite gewährte. Über das „General Agreement on Tariffs and Trade“ (GATT) wurden in mehreren Schüben die Zoll- und Handelsschranken gesenkt. Die Hegemonialmacht USA stützte dieses System mit ihrem wirtschaftlichen und politischen Potenzial: als großer Markt für die

Exporte der übrigen Welt, als Kreditgeber und Investor, und mit dem Dollar als internationalem Zahlungsmittel und als Reservewährung, die durch Goldbestände gesichert wurde. Die nur partielle Liberalisierung des Handels (der Agrar- und der vielfach staatliche Dienstleistungssektor blieben von der Liberalisierung zunächst ausgeschlossen) und Beschränkungen des Kapitalverkehrs auf der einen, ein uneingeschränkter Zugang zu (billigen) Rohstoffen der Dritten Welt auf der anderen Seite waren zentrale Voraussetzungen für eine starke unabhängige Rolle der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik zugunsten von Vollbeschäftigung und Wohlstandsmehrung und damit für die „fordistische Expansion“.

Seit den 1970er Jahren ist nun dieses erfolgreiche Modell in die Krise geraten und noch kein neues stabiles Modell in Sicht. Alle drei tragenden Säulen des Fordismus kamen unter Druck: die fordistische Akkumulation, der keynesianische Wohlfahrtsstaat und die Hegemonie der USA. Die Liberalisierung der Märkte und die Internationalisierung des Kapitals setzten der Binnenmarktorientierung allmählich ein Ende, damit verschärfte sich auch die Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Das Kapital versucht seitdem, seine Profitabilität durch Senkung der Lohnkosten, durch Einführung neuer Verfahrenstechniken und durch eine Erhöhung von Laufzeiten und Nutzungsintensität der kapitalintensiven Produktionsanlagen wiederherzustellen. Die Logik der neuen Akkumulationsstrategie lautet: Rationalisierung und Flexibilisierung durch Globalisierung. Dazu gehört auch eine Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer. Das alles aber bedeutet einen zentralen Angriff auf die fordistische Regulation. Unter erheblichen sozialen Auseinandersetzungen werden viele einmal erreichte Standards bei Arbeitsplatzgarantien, Regelung von Arbeitszeiten, sozialer Absicherung und Entlohnung abgebaut. Damit aber wird die Parallelität von Produktivitätsentwicklung und Lohnsteigerungen aufgegeben und der Kern des fordistischen Modells untergraben.<sup>56</sup>

Dessen Stabilität wurde auch deshalb gefährdet, weil parallel zur Krise der fordistischen Akkumulation die internationale Regulation ins Schwanken geriet. Wegen ihrer chronisch gewordenen Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizite und wegen der wachsenden Dollarschwemme, die u. a. mit dem Vietnamkrieg, aber auch mit den Euro-Dollars der erdölexportierenden Länder zu tun hatte, die auf dem Weltmarkt massive Preiserhöhungen durchsetzten, gaben die USA die Golddeckung auf und den Dollarkurs frei. (Die Hoffnung, durch die Flexibilisierung der Wechselkurse würden sich zukünftige Währungskrisen dauerhaft vermeiden lassen, trog jedoch.) Außerdem sahen sich die USA im produzierenden Gewerbe verschärfter Konkurrenz ihrer kapitalistischen Partnerländer ausgesetzt, die nicht nur ihren Produktivitätsrückstand auf-, sondern ihr Vorbild zumindest phasenweise (so z.B. Japan bei der Automobilproduktion) sogar überholten.

Deshalb drängten die Vereinigten Staaten zunehmend auf die Liberalisierung der Agrar-, der Dienstleistungs- und der Finanzmärkte; Bereiche in denen sie noch über Produktivitätsvorteile verfügten. Im Verlaufe der achtziger und neunziger Jahre gelang es den USA, ihre hegemoniale Position (vorübergehend) wiederherzustellen. Dafür war nicht nur der Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems und der Zerfall der Supermacht Sowjetunion verantwortlich, sondern auch eine Revitalisierung der wirtschaftlichen Macht der Vereinigten Staaten im Zuge eines lang anhaltenden Aufschwungs. Die strukturellen Schwächen und Risiken der „postfordistischen“ Akkumulation und Regulation wurden damit freilich nur verdeckt.<sup>57</sup>

Die dramatischste Entwicklung vollzog sich auf den Finanzmärkten, die sich von der Realökonomie ablösten und die Produktion, die Sozialsysteme und die staatliche Fiskalpolitik zu dominieren begannen. Kreditmärkte, Wertpapiermärkte und Devisenmärkte expandierten, ja explodierten geradezu und verursachten immer neue regionale Krisen. Trotz verschiedener internationaler Kriseninterventionen (Regulierungsversuche) gelang es nicht, diese Märkte auf Dauer zu stabilisieren; auch deshalb nicht, weil eine solche Stabilisierung von weiten Teilen der Politik nicht für erforderlich gehalten wurde. Die Finanzmärkte aber entzogen mit ihrer Volatilität und ihrer „Argumentationsmacht“ letztendlich nicht nur den Staaten einen Teil ihrer Steuerungskapazität, sondern stürzten am Ende die gesamte Weltwirtschaft in die größte Krise seit den 1930er Jahren; eine Krise, deren Ende noch nicht absehbar ist.<sup>58</sup> Wie ein neues stabiles Modell des Kapitalismus, das auch die ökologische Fundamentalkrise in den Griff bekommen müsste, aussehen könnte, ist derzeit offen und wird auch unter Marxisten oder marxistisch inspirierten Intellektuellen kontrovers diskutiert.

#### 2.4.2 Weltsystemtheorie

In den Internationalen Beziehungen gibt es verschiedene Ansätze, die sich mit dem internationalen System als Weltsystem beschäftigen. Eine neuere historisch-soziologische Analyse aller geschichtlichen Weltsysteme, die Anleihen bei Kategorien der Englischen Schule macht, haben z.B. Barry Buzan und Richard Little vorgelegt.<sup>59</sup> Die meiste Aufmerksamkeit unter dem Stichwort *Weltsystemtheorie* hat jedoch die so genannte Wallerstein-Schule gefunden, die sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft über lange Zeiträume hinweg befasst.<sup>60</sup> Für den Marxisten Immanuel Wallerstein bildet die kapitalistische Weltwirtschaft ein Weltsystem, das von etwa 1500 bis heute reicht und irgendwann zusammenbrechen oder von einem anderen System abgelöst werden wird.<sup>61</sup> Räumlich umfasste dieses System zu-

nächst große Teile Europas und Ibero-Amerikas; es hat sich jedoch im Laufe der Zeit, vor allem seit dem 19. Jhdt., auf den ganzen Globus ausgedehnt. Dieses System hat eine Struktur und eine innere Dynamik. Zur Struktur gehören die kapitalistische Produktionsweise („the endless accumulation of capital“), eine asymmetrische soziale Arbeitsteilung zwischen Zentren und Peripherien und als eine Art Superstruktur die souveränen Staaten. Die Zonen oder Regionen im modernen Weltsystem differenzieren sich aus nach Zentrum, Peripherie und Semiperipherie. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen Zentrum und Peripherie ist ungleich, die Peripherie in diesem Austauschprozess systematisch benachteiligt. Trotzdem können durchaus einzelne Länder auf- oder absteigen.

Das kapitalistische Weltsystem ist trotz seiner wirtschaftlichen Integration im Gegensatz zu anderen historischen Weltsystemen kein Weltreich, das sich parallel zur asymmetrischen Arbeitsteilung entwickelt hätte. (Wäre es ein Weltreich, dann wäre der Kapitalismus vielleicht gar nicht entstanden.) Zwar hat es solche Versuche der Weltreichsbildung auch im kapitalistischen Weltsystem gegeben, sie sind aber alle gescheitert. Erfolgreich dagegen waren Versuche der Hegemoniebildung, und zwar insgesamt drei. Diese Hegemoniebildung ist zyklisch verlaufen, und das macht eine wesentliche Dynamik des kapitalistischen Weltsystems aus. Allerdings ist Hegemonie nur *eine* Form der Staatenkonfiguration im kapitalistischen Weltsystem, und sie ist keineswegs die Regel. Die Regel sind mehrere locker gruppierte Mächte mit wechselnden Allianzen. Eine dritte Form ist das Machtgleichgewicht zwischen mehreren Großmächten.

Hegemonie bedeutet ein Ungleichgewicht im Verhältnis zwischen den Großmächten. Der Hegemon ist nicht allmächtig, aber er ist allen anderen überlegen, und zwar nicht nur militärisch, sondern vor allem ökonomisch; er bestimmt die Spielregeln in Wirtschaft, Militär, Politik, ja sogar in der Kultur. Die materielle Basis seiner Überlegenheit bildet eine größere Effizienz sowohl in der agrarischen und der industriellen Produktion als auch im Handel und im Finanzwesen; er kann alle anderen Mächte auf dem Weltmarkt über- bzw. unterbieten, ja er macht ihnen sogar häufig auf ihren heimischen Märkten Konkurrenz. Nach Wallerstein waren die drei Hegemone im modernen Weltsystem bislang die Vereinigten Provinzen der Niederlande (von 1620 bis 1672), das Vereinigte Königreich Großbritannien (1815-1873) und die Vereinigten Staaten von Amerika (1945-1967).

Die Ursache für den Aufstieg der Hegemonialmächte sieht Wallerstein in einer geschickten Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft zur Förderung des Akkumulationsprozesses und der Wettbewerbsfähigkeit. Mit Krieg hält sich der Aufsteiger zunächst zurück; er greift erst ein, wenn es ums Ganze geht. Die liberale Ideologie, die den Interessen des Hegemons

entspricht, weil er damit auch Gegenstrategien gegen seine wirtschaftliche Überlegenheit unterlaufen kann, wird ihm jedoch letztlich zum Verhängnis. Durch den Freihandel verbreiten sich neue Technologien; Nachzügler können deshalb gleich „moderner“ in den Produktionsprozess einsteigen. Der Preis für die Liberalität im Innern sind steigende Einkommen der Arbeiterschaft, was die Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten gefährdet. Im langen wirtschaftlichen Abschwung verschärft sich außerdem die Konkurrenz um die Ausbeutungsobjekte, sprich die Peripherie.

Was die Konsequenzen dieser zyklischen Bewegung für die Zukunft angeht, so bleibt Wallerstein vage. Er konstatiert lediglich den allmählichen Niedergang der USA. Wichtig erscheint mir seine zentrale These, der zufolge das Staatensystem Ausdruck („expression“) des kapitalistischen Akkumulationsprozesses sei. An diesem Punkt setzt die Kritik an, die Wallerstein – bei Anerkennung seiner Verdienste – immer wieder Ökonomismus vorgeworfen hat. Der Haupteinwand gegen Wallersteins Weltsystemtheorie lautet, sie vernachlässige systematisch *politische* Strukturen und Prozesse.<sup>62</sup> Das heißt in unserem Zusammenhang vor allem, dass Wallerstein das Staatensystem nicht als eine eigenständige und vor allem eigendynamische Größe thematisiert. Schon die von ihm als grundlegend konstatierte Struktur des modernen Weltsystems, eine kapitalistische Weltökonomie in einer Pluralität von Staaten, kann nicht mehr allein ökonomisch erklärt werden. Warum gab es denn kein „world empire“ parallel zur „world economy“? Eben weil Europa aus verschiedenen, miteinander rivalisierenden Staaten bestand, die die Bildung eines solchen Weltreichs verhindert haben. Das christliche Frankreich hat sich mit dem unchristlichen Sultan verbündet, um den Versuch einer Weltreichsbildung und die militärische Umklammerung durch Spanien-Habsburg abzuwehren. Dadurch geriet Spanien-Habsburg selbst in die Umklammerung (die Türken vor Wien), die es militärisch nicht mehr bewältigen konnte. Ein weiterer Grund dafür, warum Frankreich sich dem Habsburgischen Reich erfolgreich widersetzte, war sein relativ fortgeschrittener Staatsbildungsprozess. Das Scheitern einer politischen Weltreichsbildung ist also das Ergebnis einer genuin politischen Struktur, die mit der Weltökonomie und dem kapitalistischen Akkumulationsprozess wenig zu tun hat.

Auch im Falle des Aufstiegs Hollands spielt die politische Konfiguration des Staatensystems eine wichtige Rolle. Holland konnte nicht zuletzt deshalb ökonomisch auf dem Weltmarkt so stark werden, weil sich die potenziell potenteren Großmächte Frankreich, England und Spanien ausbalancierten. Hinzu kam die Meisterschaft der Niederländer in der Seefahrt und im Schiffbau; sie hatten die stärkste Marine ihrer Zeit und konnten so ihre weltweiten wirtschaftlichen Interessen und Positionen militärisch absichern.<sup>63</sup> Englands Aufstieg war erst

möglich infolge des Niedergangs Spaniens; und wiederum reicht die jeweilige Weltmarktposition nicht aus, um zu erklären, warum England und nicht Frankreich schließlich Hegemon wurde.

Was für die Staaten im Zentrum gilt, zeigt sich auch in der Peripherie. Warum wurde das ökonomisch rückständige Polen peripherisiert, warum das ebenso rückständige Schweden nicht, warum nicht Brandenburg? Schweden konnte sich eine starke Armee aufbauen und zu einer europäischen Großmacht werden nicht zuletzt deshalb, weil es von Paris und Moskau subventioniert wurde. Frankreich und Russland hatten dabei ihre strategischen Interessen, die Bedrohung durch Habsburg, im Sinn. Russland schließlich wurde deshalb nicht peripherisiert, weil es keine Einheitsfront gegen Russland gab. Und warum wurde Polen peripherisiert, aber auch Dänemark nicht? Wie Polen lieferte Dänemark Vieh und Getreide an Holland, aber im Gegensatz zu Polen regredierte Dänemark wirtschaftlich nicht. Das lässt sich nur aus einer Analyse der internen gesellschaftlichen (Klassen-)Konstellation zwischen König, Adel und Bauern erklären, die im Falle Dänemarks zu Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft führte, in Polen aber nicht; dort wurde nur die Ausbeutung der Bauern verschärft.<sup>64</sup> In einer Zusammenfassung der Kritik an Wallerstein schreibt Dieter Senghaas, der sich intensiv mit der Problematik nachholender Entwicklung beschäftigt hat:

Die wichtigsten neueren Auseinandersetzungen mit der „Wallerstein-Schule“ haben auf deren problematische Interpretation der Herausbildung von Peripherien innerhalb der Weltökonomie seit dem frühen 15. Jahrhundert aufmerksam gemacht, insbesondere auf die zu geringe und dadurch falsche Gewichtung der jeweiligen lokalen politischen, soziostrukturellen und sozioökonomischen Determinanten. (...) folgte man der (...) zentralen These des Weltsystem-Ansatzes über die Wirkungsweise der kapitalistischen Weltökonomie, konnten Dänemark, die Niederlande und Neuseeland nur kapitalistische Kernländer (...) werden, weil andere Gesellschaften wie Uruguay, Irland, Rumänien usf. zu Peripherien der Weltökonomie umfunktioniert wurden. Doch nichts spricht für die Richtigkeit einer solchen These. (...) in den untersuchten Fällen, bei denen es sich nicht um typische fremdbestimmte Kolonialländer handelte, (wurden) unter *vergleichbaren Bedingungen des Weltmarktes* die Weichen für autozentrierte Entwicklung bzw. Peripherisierung in den *jeweiligen Gesellschaften selbst* gestellt – und dieser Vorgang reflektierte unterschiedliche *innergesellschaftliche* Voraussetzungen für die Verarbeitung von Chancen und Restriktionen, die vom Weltmarkt auf Entwicklungsprozesse einzelner Gesellschaften einwirkten.<sup>65</sup>

Es geht hier nicht darum, ein Primat des Politischen gegenüber einem Primat des Ökonomischen oder ein Primat des Weltmarkts gegenüber einem Primat der einzelnen staatlich verfassten Gesellschaften auszuspielen. Es geht darum deutlich zu machen, dass Weltmarkt und Staaten(system) in einem Wechselverhältnis zueinander stehen, das nicht determiniert ist. Es gibt Bereiche, in denen das Staatensystem ebenso wie die einzelnen Staaten einer eigenständigen politischen Logik folgen, die ihrerseits Auswirkungen auf die Entwicklung des Weltmarkts hat. Unbestreitbar scheint mir jedenfalls, dass die Verbesserung der Weltmarktposition einzelner Länder Ergebnis einer machtpolitischen Positionsverbesserung sein kann, also auch genau umgekehrt zur von Wallerstein angenommenen Kausalität. Im Übrigen wird die Rolle

des Staatensystems als eines eigenständigen, also nicht nur abgeleiteten Strukturelements des modernen Weltsystems von anderen marxistischen Weltsystemtheoretikern durchaus anerkannt. So schreibt z.B. Giovanni Arrighi:

In my view, the close historical connection between capitalism and the modern inter-state system does not warrant this blurring of their *separate analytical identities*. For the relationship between the two is as much one of contradiction as it is of unity.<sup>66</sup>

Abschließend möchte ich nicht nur die Berechtigung, sondern auch die Vorteile des Weltsystemansatzes noch einmal unterstreichen. Der Weltsystemansatz, der u. a. auf Marx zurückgeht, lehrt uns, die moderne Welt nicht nur als Staatensystem zu begreifen, wie das der Realismus häufig tut. Diese moderne Welt hat zugleich einen Weltmarktzusammenhang herausgebildet, den die Staaten – darin auch konkurrierend – in ihrem Interesse zu beeinflussen suchen, der ihnen aber auch Einschränkungen in den Handlungsmöglichkeiten auferlegt. Staatensystem und Weltmarkt, das ist ein spannendes Wechselverhältnis, in dem die Staaten die Märkte oder transnationale wirtschaftliche Akteure immer wieder zu regulieren, die Märkte oder wirtschaftliche Akteure aber auch immer wieder Kontrollen und Regulierungen zu entkommen versuchen. Dabei können die Staaten je nach Interessenlage auch um die Formen und die Intensität der Regulierung konkurrieren.

Und dieser Weltmarktzusammenhang ist asymmetrisch. Von den entwickelteren Ökonomien geht Peripherisierungsdruck aus, dem sich die weniger entwickelten Ökonomien mehr oder weniger erfolgreich entziehen können. (Dabei handelt es sich um Prozesse, die sich langfristig durchaus umkehren können: Von einstigen Nachzüglern kann auch Peripherisierungsdruck auf die ehemaligen Vorreiter ausgehen.) Welche Chancen ihnen dazu ihre jeweilige Weltmarktposition einerseits, die innergesellschaftlichen Kräftekonstellationen und Reformkompetenzen andererseits bieten und wie das Entwicklungspotenzial durch Einwirkungen von außen gefördert oder blockiert wird, das sind zentrale Fragen der Internationalen Beziehungen, die im Marxismus selbst und darüber hinaus kontrovers diskutiert werden.

Während die Neoklassik keinen Zusammenhang zwischen ökonomischem Fortschritt auf der einen und wirtschaftlicher Stagnation oder Regression auf der anderen Seite sehen will und sich von der internationalen Arbeitsteilung Vorteile für alle verspricht, besteht für Wallerstein und andere, aber keineswegs alle Marxisten eine klare Verbindung zwischen der Entwicklung (des Zentrums) und der Unterentwicklung (der Peripherie), fast im Sinne eines Nullsummenspiels (der Vorteil des einen ist der Nachteil des anderen). Dazwischen stehen Autoren wie Dieter Senghaas oder Herman Schwartz und viele andere, darunter auch Marxisten, die nicht nur in der jeweiligen Weltmarktposition, sondern auch in den Reaktionswei-

sen der Staaten und der sie tragenden entscheidenden sozialen Gruppen wichtige Ursachen für Entwicklung und Unterentwicklung sehen.<sup>67</sup>

### 3. Neuere (Groß-)Theorien in den Internationalen Beziehungen

#### 3.1 Feminismus

Im Zusammenhang mit der Frauenbewegung deckt die feministische Forschung seit etwa 30 Jahren durch alle Disziplinen hindurch auf, wo und wie in Geschichte und Gegenwart Frauen unsichtbar gemacht oder marginalisiert wurden und noch werden, zugleich durchbricht sie das männliche Monopol auf Welterklärung. In diesem Prozess hat die feministische Theorie die Internationalen Beziehungen relativ spät erreicht, was etwas mit der ausgeprägten männlichen Dominanz in diesem Bereich, und zwar in der Teildisziplin ebenso wie in ihrem Gegenstand, zu tun hat. Themen wie die Menschenrechte von Frauen, Frauen in Entwicklungsländern, die internationale Frauenbewegung und die Problematik von Militär, Krieg und Frieden werden schon in den achtziger Jahren angesprochen. Englischsprachige feministische Monographien zu den Internationalen Beziehungen insgesamt und zur IB-Theorie gibt es seit den neunziger Jahren, in Deutschland ist der erste Sammelband über „Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft“ 1995, der erste zu den Internationalen Beziehungen allgemein aus feministischer Sicht 1998 erschienen. Eine Bibliographie zum Thema „Gender and International Relations“ vom März 1994, die nur die englischsprachige Literatur enthält, umfasste damals schon 145 Seiten.<sup>68</sup>

Die zentrale Kategorie der feministischen Theorie ist „gender“.<sup>69</sup> Mit „gender“ beziehen sich der Feminismus (oder auch die kritische Männerforschung) auf die soziale Konstruktion des Geschlechts und auf die Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Das umfasst die materiellen Bedingungen wie geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Eigentumsstrukturen, die ideologischen und psychologischen Prägungen von Männlichkeit und Weiblichkeit mit ihren symbolischen Repräsentationen sowie die Machtverteilung und die Gewalt zwischen den Geschlechtern. Ein passender deutscher Begriff für „gender“ wäre also „Geschlechterverhältnisse“; er wird häufig analog zu „gender“ in dem hier skizzierten umfassenden Sinne verwendet.

Es gibt verschiedene Versuche, feministische Theorie einzuteilen, darunter sehr ausdifferenzierte. Mir erscheint eine Konzentration auf drei Hauptströmungen sinnvoll. Dem *liberalen Feminismus*, der das Gleichheitspostulat der Aufklärung einklagt, das historisch noch nicht voll eingelöst ist, kommt es darauf an, Frauen sichtbar zu machen, ihre Leistungen und ihre



Diskriminierung. Dementsprechend soll internationale Politik durch mehr rechtliche Gleichheit und bessere Partizipationschancen von Frauen reformiert werden. Der *radikale Feminismus* geht darüber hinaus. Er will nicht nur die Aktivitäten und Benachteiligungen von Frauen herausarbeiten, er betont vielmehr die Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Die Frauen sollen nicht (nur) aus Gründen der Gleichberechtigung ins Spiel gebracht werden, sondern weil sie besser, vor allem friedlicher sind, nach der Devise: wenn uns die männlichen Wertvorstellungen die Kriege eingebracht haben, dann werden weibliche Werte sie abschaffen. Die überlegene weibliche Moral wird dabei meistens soziologisch bzw. sozialisationstheoretisch begründet. Der *feministische Postmodernismus* wiederum betont die Unterschiede zwischen den Frauen, denn „die Frau“ oder „die Frauen“ gibt es nicht. Die Notwendigkeit der Unterscheidung entwickelte sich aus Debatten zwischen Frauen unterschiedlicher Hautfarbe oder sexueller Orientierung, vor allem aus Kontroversen zwischen Frauen aus den Industriestaaten und der Dritten Welt. Wie der Begriff „man“ oder „human“ nur vermeintlich allgemein menschliche Erfahrungen und Interessen repräsentierte, tatsächlich aber Frauen ausschloss, so stand die Kategorie „woman“ offenbar für die Lebenswelten und Interessen weißer, heterosexueller Mittelschichtfrauen aus Europa, den USA, Australien oder Kanada.

Bei allen theoretischen und praktischen Differenzen gibt es ein gemeinsames Anliegen des Feminismus. Es geht darum, die Ausgrenzung, die Benachteiligung und die Unterdrückung von Frauen in der internationalen Politik zu überwinden. Feministische Theorie ist deshalb emanzipatorisch-herrschaftskritisch, denn die realen internationalen Beziehungen (und auch die dazugehörige Teildisziplin der IB) sind „International Relations of Gender Inequality“. Aus diesem Erkenntnisinteresse ergibt sich ein enger Bezug zur frauenpolitischen Praxis in der internationalen Arena. Und schließlich ein globaler Ansatz, der die Ungleichheiten in den Geschlechterverhältnissen, so wie sie in die einzelnen Gesellschaften und ihre Beziehungen zueinander eingelassen sind, weltweit thematisiert.<sup>70</sup>

Internationale Politik ist eine Domäne der Männer: Diplomaten, Staatsmänner (!), Krieger, Kaufleute sind traditionell männliche Rollen. Tatsächlich jedoch umfassen die internationalen Beziehungen mehr als die üblichen Haupt- und Staatsaktionen. Sucht man die Frauen in den internationalen Beziehungen, so wie das Cynthia Enloe in ihrem feministischen IB-Klassiker „Bananas, Beaches, and Bases“ getan hat, dann eröffnet sich eine andere Welt als die der großen Politik des Geldes, der Kanonen und der öffentlichen Persönlichkeiten.<sup>71</sup> Diese Männerwelt der großen Politik und Wirtschaft ist abhängig von weiblicher Zuarbeit, die sie ausbeutet. Das gilt für Militärbehörden, die überlegen, wie sie die sexuellen Dienste von Frauen um ihre ausländischen Militärbasen organisieren und kontrollieren können; oder Textil- und Elektro-

nikfabrikanten, die planen, möglichst billige und willige, also weibliche Arbeitskräfte über Heimarbeit oder Exportproduktionszonen in der Dritten Welt in ihre arbeitsteilige Produktion einzubeziehen. Ob Tourismus oder diplomatischer Dienst, ob Bananenproduktion oder ausländische Hausbedienstete, immer findet Enloe geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, Geschlechterzuschreibungen und Parteilichkeiten der internationalen Politik zu Lasten von Frauen. Wer weiß schon, dass noch bis 1971 Frauen im „Foreign Service“ der USA (in anderen Ländern war es nicht besser) ihren Dienst quittieren mussten, wenn sie heirateten? Umgekehrt war es Tradition, dass von Diplomaten-Gattinnen erhebliche unbezahlte Mitarbeit erwartet wurde, ohne dass sie damit Anspruch auf Teile der Pension ihrer Männer erworben hätten. Mädchen- und Frauenhandel, Sextourismus und die Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft im diplomatischen Dienst oder in der internationalen Arbeitsteilung im Zuge der Globalisierung und Flexibilisierung der Produktion, das sind nicht gerade die zentralen Themen im „mainstream“ (manche Feministinnen sagen denn auch: „malestream“) der IB.

Auch wenn einzuräumen ist, dass die Frauen keine nationale oder globale Unterklasse für sich bilden und sich wie die Männer auf verschiedene Schichten, Ethnien und Nationalitäten verteilen und an deren Konflikten beteiligt sind, so lässt sich doch festhalten, dass Frauen in der Regel weniger Macht haben als Männer und strukturell benachteiligt sind. In jedem Fall verändert sich das Bild der internationalen Beziehungen, wenn wir auf die Geschlechterverhältnisse schauen. Es kommt dabei auch „Männlichkeit“ in den Blick.

In der Tat wurde (und wird z. T. noch) Staatlichkeit mit Männlichkeit und vor allem mit männlicher Wehrhaftigkeit identifiziert. Männer (und erst recht Frauen), die sich in einem solchen Milieu behaupten wollen, müssen ihre so konstruierte Männlichkeit (oder Tauglichkeit) unter Beweis stellen. Ein sehr eindrucksvolles Beispiel für diese These bietet der deutsche Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, der in der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges von den Militärs und den „Hardlinern“ verdächtigt wurde, zu weich und damit kein richtiger Mann zu sein. Jedenfalls verteidigt er den damaligen harten Kurs in seinen nach dem Krieg verfassten Memoiren mit dem Argument, die entgegengesetzte Politik, nämlich eine Verständigung mit Russland, wäre einer „Selbstentmannung“ gleichgekommen.<sup>72</sup> Solche polarisierten Geschlechterbilder finden sich auch in jüngerer Zeit. Am Beispiel des amerikanischen Entscheidungsprozesses zur Eskalation im Vietnam-Krieg lässt sich zeigen, dass Zweifler keinen guten Stand hatten. Die Macher, die „can-do-guys“ waren gefragt, und damit waren immer auch sexistische Konnotationen verbunden im Sinne von „Weichheit“ gleich Weiblichkeit. So hat seinerzeit Vize-Präsident Spirow T. Agnew einen republikanischen Senator, der den

Rückzug aus Vietnam forderte, mit einem bekannten Transsexuellen verglichen; also mit einem Mann, der zur anderen Seite, hier zum anderen Geschlecht „übergelaufen“ war!<sup>73</sup>

Daniel Ellsberg, der Pentagon-Mitarbeiter, dem wir die (illegale) Veröffentlichung der so genannten Pentagon-Papiere über den internen Entscheidungsprozess zum Vietnam-Krieg verdanken, war nach vielen Jahren sorgfältiger Überlegungen und Prüfungen der Frage, warum Präsident Lyndon B. Johnson an einem Krieg festhielt, der nach Einschätzung seiner engsten Berater nicht zu gewinnen war und zunehmend unpopulär wurde, zu der Auffassung gekommen, dass es am „wimp-factor“ lag; also an Johnsons Angst, als unmännlich zu erscheinen.<sup>74</sup> Bei der Irak-Intervention 2003 tauchte das Männlichkeitsthema erneut auf. Neokonservative Intellektuelle in den USA warfen den Europäern in unverhohlenen sexistischer Sprache vor, sie seien keine Männer mehr und impotent. Was Präsident George Bush jr. betrifft, so wird aus Bob Woodwards Buch „Plan of Attack“ deutlich, wie wichtig es für ihn war, als entscheidungsstark (also als ein richtiger Mann) zu gelten. In der maßgebenden Zusammenkunft mit Tony Blair, in der es um die Frage ging, ob Großbritannien fest an der Seite der USA stehen werde, zeigt sich Bush von der Standfestigkeit des britischen Premiers so beeindruckt, dass er gegenüber Blairs Mitarbeitern anerkennend meinte: „Your man has got cojones“.<sup>75</sup> „Cojones“ ist spanisch für Hoden (umgangssprachlich: Eier) und eine klare sexuelle Anspielung auf männliche Potenz. Die Sitzung mit Blair, die in Camp David stattfand, hielt Bush ausdrücklich als das „cojones meeting“ fest.

Freilich gibt es auch hier eine andere Seite. Im amerikanischen Bürgerkrieg z.B. haben viele Soldaten, die für die Südstaaten kämpften, auch in der Endphase deshalb nicht aufgegeben, weil sie sich vor ihren Frauen, Müttern und Schwestern schämten. Deserteuren oder „Feiglingen“ konnte es passieren, dass ihnen von Frauen (!) ein Petticoat ins Zimmer gelegt wurde. Die Frauen in den Südstaaten kämpften auf ihre Weise für die Unabhängigkeit ihrer gesellschaftlichen Lebensform. Sie verwünschten den Feind, agitierten an der Heimatfront, warben für die Sache der Konföderierten und für die Meldung der Männer zum Wehrdienst, gründeten Vereine für Bedürftige und zur Betreuung von Soldaten und gaben einzeln und gemeinsam ein Beispiel für Kriegs-Enthusiasmus. Von den 32 nationalen Frauenorganisationen aus der Zeit vor 1914 haben sich die meisten *für* die Mobilisierung zum Krieg engagiert.<sup>76</sup> Auf der anderen Seite können selbst Staatsmänner, die sich als *Staatsmänner* bewähren müssen, begreifen, dass es wichtiger ist, Kompromisse zu schließen, als sich in einer fragwürdigen „männlichen“ Weise zu behaupten. Als Präsident Gorbatschow – er interessierte sich dafür, wie man die Eskalation von Krisen verhindern kann – einen Bericht auf der Grundlage interner Interviews über die kubanische Raketenkrise von 1962 gelesen hatte, war er für eine

Nacht um den Schlaf gebracht. Am nächsten Tag sagte er dem Politbüro, die Welt sei beinahe in die Luft geflogen, weil sich zwei Buben auf dem Schulhof darum gestritten hätten, wer den „bigger stick“ habe. Ja, aber die beiden Schulbuben Kennedy und Chruschtschow haben durch Kommunikation gelernt, ihre wechselseitige Wahrnehmung zu verändern und ihre Interessen und Ziele neu zu definieren. Zentral wurde für beide die Überlegung, den drohenden Krieg zu verhindern, nicht sich als der Stärkere zu beweisen. Wie es Chruschtschow in seiner klaren Sprache formuliert hat: „Ich bin kein zaristischer Offizier, der sich einen Kopfschuss geben muss, nur weil er auf einem Maskenball einen Furz gelassen hat. Es ist besser nachzugeben, als einen Krieg zu riskieren.“<sup>77</sup>

Die entscheidende Frage bei dieser Thematik liegt offenbar darin, ob Krieg und Frieden „nur“ arbeitsteilig entlang der Geschlechtergrenze organisiert werden oder ob die Geschlechterverhältnisse selbst eine (wichtige) Kriegsursache bilden. Eine Möglichkeit, diese Frage wenigstens teilweise zu beantworten, bieten empirische Forschungen über das „gender gap“, die Differenzen zwischen den Geschlechtern mit der Variation innerhalb der Geschlechter und den Einfluss des Merkmals Geschlecht mit anderen Variablen vergleichen. In der Tat gibt es in manchen Untersuchungen durchaus auffällige Einstellungsunterschiede zu Fragen des Einsatzes militärischer Gewalt. Die Größe des „gap“ schwankt jedoch je nach Fragestellung und Umständen. Richard Eichenberg, der in den USA insgesamt 486 Umfragen aus der Zeit zwischen 1990 und März 2003 dazu ausgewertet hat, kam auf eine durchschnittliche Differenz zwischen Männern und Frauen von 10 Prozentpunkten.<sup>78</sup> Unterschiede sind also nachweisbar, aber bei allen Auffälligkeiten im Verhältnis zwischen Geschlecht und Politik fallen hier die Gemeinsamkeiten zwischen den Geschlechtern doch deutlich stärker ins Gewicht. Andere Untersuchungen, die einen Zusammenhang zwischen der Intensität der Geschlechterhierarchie und Einstellungen zu Krieg und Frieden erkennen lassen, deuten darauf hin, dass das eigentliche Problem in der asymmetrischen Geschlechter-Polarisierung mit ihren gespaltenen Zuweisungen von Kompetenzen und Gefühlswelten, nicht in der Unterdrückung „friedfertiger Frauen“ durch „kriegerische Männer“ liegt. Das könnte heißen, dass die Friedensfähigkeit von Gesellschaften mit der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit *beider* Geschlechter in allen materiellen, politischen und psychologischen Dimensionen stiege. Das aber verwiese auf eine um die „gender“ Dimension erweiterte Aufgabe für die demokratische Friedenstheorie und Friedenspraxis.

### 3.2 Konstruktivismus

Der Konstruktivismus ist viel stärker als die anderen bisher diskutierten Denkweisen ein Produkt der Eigendynamik wissenschaftlicher Reflexion, hier ist kein Zusammenhang mit einer sozialen Bewegung gegeben. Die Einflüsse kommen aus Diskussionen in der Soziologie und in den Kulturwissenschaften. Das Ende des Ost-West-Konflikts, die Art und Weise, wie dieser Konflikt zu Ende ging, und die offenere Struktur des internationalen Systems haben die neue Aufmerksamkeit für konstruktivistisches Denken begünstigt. Der Konstruktivismus verfolgt drei Anliegen. Zum einen betont er das Wechselverhältnis zwischen kollektivem sozialem Handeln auf der einen Seite und sozialen Strukturen auf der anderen. Die (soziale) Realität – wie etwa der Geschlechterdualismus oder die Anarchie im internationalen System – ist sehr viel mehr von uns Menschen gemacht, als wir wahrhaben wollen; sie tritt uns zwar wie eine zweite Natur gegenüber, aber wir sind es, die sie in unserer Interaktion und Kommunikation immer wieder reproduzieren. Diese Realität kann also auch verändert werden, was nicht heißt, dass wir jederzeit spontan aus den von uns Menschen selbst geschaffenen (sozialen) Ordnungen aussteigen könnten. Soziale Fakten sind auch Fakten, sie können – zumindest kurzfristig – genauso hart und schwierig zu umgehen sein wie die physikalische oder biologische Realität.

Der Konstruktivismus betont zum zweiten, dass Ideen eine sehr viel stärkere Rolle spielen, als es die „rationalistischen“ Großtheorien wie Realismus, Liberalismus oder Marxismus wahrhaben wollen. Das beginnt mit der Wahrnehmung der äußeren Realität, die uns nicht einfach so zur Verfügung steht, sondern nur durch Deutung und Interpretation erfahrbar wird und für uns einen Sinn bekommt, der uns zum Handeln befähigt. Das setzt sich fort mit Ideen, die neben Interessen das politische Handeln von Kollektiven steuern. Und selbst in den Interessen finden sich, wenn wir genauer hinschauen, Elemente von Ideen. Ich erinnere daran, dass der Realist Hans J. Morgenthau selbst zwischen zwei Formen der Machtpolitik unterscheidet, einer schrankenlosen Macht- und Gewaltpolitik einerseits und einer sittlich gebundenen andererseits. Worauf lässt sich dieser Unterschied zurückführen, wenn nicht auf bestimmte *Vorstellungen* von Macht und Machtpolitik, auf das Gedankengebäude, das ihnen jeweils zugrund liegt. Aus dem Wechselverhältnis zwischen Strukturen und sozialem Handeln einerseits und der Bedeutung von Ideen andererseits ergibt sich, dass Interessen nicht etwas ein für allemal Vorgegebenes sind, sondern dass sie sich in der Interaktion, in der Kommunikation auch verändern können. Was das Interesse eines Staates ist, wie er sich selbst versteht, was seine Iden-

tität ausmacht, das lässt sich gar nicht von einem gemeinsamen Verständnis von Staatenbeziehungen trennen.

Drittens misst der Konstruktivismus kulturellen Faktoren, insbesondere Normen, eine größere Bedeutung bei als die meisten anderen Denkweisen in den IB. Der Respekt vor kulturellen Faktoren bedeutet wieder, dass Interessen und Strukturen nicht als universal und dauerhaft unterstellt werden können, sondern in ihren jeweiligen historischen und sozialen oder nationalen kulturellen Kontext eingebettet sind und nur so verstanden werden können, d.h. auch relativiert werden müssen. Normen und Regeln schließlich haben nicht nur eine regulative Funktion wie im rationalistischen Institutionalismus (dort geht es um die Koordination vorgegebener Interessen), sondern eine konstitutive, d.h. sie ermöglichen ein Selbstverständnis *in der Relation* zu anderen und damit soziales Handeln. Hier gibt es Berührungspunkte mit dem normativ-reflexiven Institutionalismus. Dabei ist für den Konstruktivismus, obwohl er sich weit überwiegend als eine eher optimistische Theorie gibt, nicht prinzipiell zwingend, dass Normen Ordnung und Kooperation stiften. Die vorherrschende „Kultur“ eines internationalen Systems kann auch das Ideengebäude des expansionistischen Kampfes aller gegen alle sein. Wie Alexander Wendt betont, ist „culture“ (shared knowledge) nicht dasselbe wie „society“ (cooperation).<sup>79</sup>

Der Konstruktivismus ist nicht so neu oder so revolutionär, wie er sich manchmal gibt, aber er fasst verschiedene überlieferte Perspektiven unter einem nützlichen Sammelbegriff zusammen. Er hat sich als eine fruchtbare Forschungsperspektive erweisen; das zeigt die konstruktivistische Kritik am Neorealismus mit seinem statischen Anarchie-Begriff<sup>80</sup> ebenso wie die konstruktivistische Auflösung der Kategorie des „nationalen Interesses“. Welche Möglichkeiten der Deutung bzw. „Konstruktion“ das Sicherheitsdilemma als zunächst nicht hintergehbare strukturelle Voraussetzung eröffnet, möchte ich anhand einer Szene im Zusammenhang mit der kubanischen Raketenkrise von 1962 demonstrieren. Auf dem Höhepunkt dieser Krise meldete der sowjetische Geheimdienst KGB nach Moskau, der amerikanische Präsident John F. Kennedy sei in die Kirche gegangen. Einige Mitglieder des Präsidiums der KPdSU argwöhnten nun, das sei das Vorspiel zum Nuklearangriff der USA auf die Sowjetunion. Anastas Mikojan, Nikita Chruschtschows Stellvertreter, meinte jedoch, wahrscheinlich sei die amerikanische Führung genauso ratlos wie die sowjetische und bitte einfach nur um göttlichen Beistand. Wieder andere glaubten an Desinformation, also einen Trick der CIA, um die Sowjetunion gezielt in die Irre zu führen. Mikojan hielt dagegen, das sei sehr unwahrscheinlich, da die USA ja gar nicht wissen könnten, wie die UdSSR auf eine solche Desinformation reagie-

ren würde. Schließlich argumentierte ein Mitglied der Gruppe, er habe vom KGB schon so viele falsche oder fehlerhafte Berichte bekommen, dass er auch dieser Meldung nicht traue.<sup>81</sup>

Auch nationale Interessen werden sozial konstruiert, sie können also auch umkonstruiert werden. Dafür gibt es eine Reihe von positiven Beispielen, die auf die Möglichkeit von Kollektiven verweisen zu lernen, das heißt sich neue Interpretationen ihrer grundlegenden außenpolitischen Interessen zu Eigen zu machen, die verfestigte Strukturen von Machtpolitik transformieren: so z.B. Michael Gorbatschows „Neues Denken“, die deutsche Ostpolitik unter Willy Brandt und Walter Scheel oder die israelische Friedenspolitik unter Yitzhak Rabin.

Über vierzig Jahre betrachtete die Sowjetunion den Ost-West-Konflikt als eine unvermeidliche Grundtatsache, die sich aus dem Gegensatz der Systeme und dem Widerstand des Kapitalismus/Imperialismus gegen den prinzipiell überlegenen Sozialismus/Kommunismus ergab. Die Gruppe um Gorbatschow stellte jedoch eine Reihe von Maximen sowjetischer Außenpolitik in Frage und akzeptierte, dass die UdSSR durch eigenes aggressives Verhalten zur Feindseligkeit des Westens beigetragen und dadurch wiederum die Sowjetunion zu höheren Rüstungsausgaben veranlasst hatte. Mit einseitigen Initiativen und freiwilligen Selbstverpflichtungen setzte die sowjetische Führung einen wechselseitigen Prozess der Vertrauensbildung in Gang, der das Selbstverständnis der Akteure und ihre Beziehung grundlegend veränderte. Entscheidend war dabei erst die Rückstufung, dann die völlige Aufgabe der dichotomischen Weltsicht des Klassenkampfes sowohl in der Gesellschaftsanalyse als auch im Verständnis der internationalen Beziehungen zugunsten einer Ideologie der Menschheitsinteressen.<sup>82</sup>

Existenzielle Krisen sind immer eine Herausforderung, überlieferte Interpretationsmuster und das Verhältnis zwischen Selbst und Umwelt neu zu definieren. Das hat Michael Barnett in einer konstruktivistischen Analyse der Kontroverse über die israelische Friedenspolitik zwischen Yitzhak Shamir (zuletzt Premierminister 1990-1992) und Yitzhak Rabin (Premierminister 1992-1995) deutlich gemacht.<sup>83</sup> Traditionell gehören zum israelischen Selbstverständnis eine besondere Rolle der Religion, der Zionismus als jüdische Variante des Nationalismus und die Erfahrung der Schoa. Diese drei Elemente jüdisch-israelischer Identität waren lange verbunden mit einem „people apart“ Syndrom und einem fundamentalen Bedrohungsgefühl, das durch den Verlauf des Nahost-Konflikts immer wieder bestätigt zu werden schien. Die Krise der israelischen Besatzungspolitik, die durch die erste Intifada ausgelöst wurde, das Ende des Ost-West-Konflikts und schließlich der internationale Nahost-Friedensprozess der frühen neunziger Jahre stellten jedoch diese Konstanten im Selbstbild infrage und führten so zu einer Art Identitätskrise.

Rabin ging es nun darum, die Identität Israels und damit seine grundlegenden nationalen Interessen neu zu interpretieren, so dass sie mit dem Friedensprozess und einem territorialen Kompromiss mit den Palästinensern in Einklang zu bringen waren. Während Shamir die kollektivistischen und ideologischen Traditionen Israels und die Geschichte der Jahrhunderte langen Verfolgung beschwor und so die Beibehaltung der besetzten Territorien rechtfertigte, betonte Rabin mehr die säkularen und liberalen Traditionen seines Landes. Er bestritt die Isolation Israels und stellte seine Entwicklung in eine westlich-demokratische Perspektive von Fortschritt, Modernisierung und Demokratie. Ganz offensichtlich ist dieser Konflikt zwischen den beiden Narrativen noch nicht beendet, er hat sich lediglich durch die erneute Krise des Friedensprozesses verändert und verschoben.

Dass Lernprozesse manchmal sehr lange dauern, kann man auch an der Entwicklung der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik während des Ost-West-Konflikts studieren, also an der Art und Weise, wie die westdeutsche Politik die politische und physische Realität der deutschen Teilung erst hinweg- und dann uminterpretiert, also verschieden „sozial konstruiert“ hat.<sup>84</sup> Bis in die siebziger Jahre hinein ging das konservative Lager davon aus, dass die Teilung Deutschlands trotz des verlorenen Krieges und der deutschen Verbrechen auch unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts durch eine Politik der politischen und völkerrechtlichen Nicht-Anerkennung dieses Vorgangs und durch politischen Druck („Politik der Stärke“) rückgängig gemacht werden könne. Obwohl sich alle anderen Länder, darunter auch die westlichen Verbündeten, auf eine dauerhafte Teilung Deutschlands einrichteten und ihre Beziehungen zum anderen Lager bald nicht mehr von einem Revisionsvorbehalt abhängig machten, bestanden die von CDU und CSU geführten Regierungen auf einer Isolierung der „so genannten DDR“ – wie sie damals wörtlich bezeichnet wurde –, auch als sich die BRD mit dieser Forderung immer mehr selbst isolierte.<sup>85</sup>

Die Sozialdemokratie war den Illusionen der Politik der Stärke zunächst mit einer anderen Illusion entgegengetreten; sie hatte geglaubt, die Bundesrepublik könnte durch eine kalkulierte „Politik der Schwäche“ im Kalten Krieg die Sowjetunion dazu bewegen, ihre Kriegsbeute wieder herauszugeben und einer deutschen Wiedervereinigung im westlichen Sinne zustimmen. Die SPD und der linksliberale Flügel der FDP erkannten jedoch früher als die Konservativen und die Nationalliberalen, dass die Teilung auf absehbare, ja vielleicht sogar unabsehbare Zeit nicht mehr durch eine physische Wiedervereinigung zu überwinden war und dass das Insistieren darauf zunehmend in Widerspruch zum moralischen Gebot der Aussöhnung mit „dem Osten“ und dem politischen Gebot der Entspannung geriet.



Die sozialliberale Mehrheit, die sich 1969 auf Bundesebene durchsetzen konnte, definierte die nationale Frage um. Das neue Paradoxon der deutschen Ostpolitik war, dass der einzige Weg, die Teilung zu überwinden, darin bestand, sie zu akzeptieren. Nur dadurch war es überhaupt noch möglich, gemeinsame nationale Anliegen zu wahren. Einheit hieß jetzt vor allem, die Beziehungen *zwischen den beiden deutschen Staaten* – so die neue Sprachregelung – zu verbessern. Statt weiter die Entspannung mit der Forderung nach Wiedervereinigung zu blockieren, ergab sich jetzt die Möglichkeit, durch aktive Koexistenz Erfordernisse der Friedens- und Sicherheitspolitik produktiv mit der nationalen Frage zu verbinden. Erst im Laufe der achtziger Jahre entwickelte sich darüber ein breiter Konsens, der auch das konservative Lager einschloss. Das Ende des Ost-West-Konflikts erbrachte dann eine überraschende neue Lösung des Konflikts zwischen Aussöhnung und Entspannung auf der einen und der nationalen Frage auf der anderen Seite, eine Lösung, die niemand vorausgesehen hatte, die aber vielleicht durch den deutschen Lernprozess und das sich daraus ergebende politische Verhalten erst ermöglicht wurde.

#### **4. Politisch-psychologische Theorien in den IB**

Die Politische Psychologie hat nicht nur außerhalb der Wissenschaft, sondern auch in den IB selbst die schwächste Position von allen Theorietraditionen. Sehr zu Unrecht, denn viele Erscheinungsformen in den IB, vor allem die grandiosen und pathologischen Fehlleistungen und Fehlentscheidungen, gerade auch die Selbstschädigungen der Politik lassen sich mit den schon diskutierten anderen Denkweisen nicht oder nur teilweise begreifen. Die Politische Psychologie interessiert sich gerade für das, was den anderen Großtheorien als irrational erscheint. Wieder geht es um die Konstruktion der Wirklichkeit, aber aus einer anderen Perspektive als beim Konstruktivismus. Es geht um die Subjektivität von Individuen und Gruppen, um die psychologischen und psychoanalytischen Dimensionen von Informationsverarbeitung, Wahrnehmung und Fehlwahrnehmung; um Fehlkalkulationen, um Wir-Bildungen und Feindbilder, um intrapsychische Konflikte und ihre Auswirkungen auf politisches Handeln bzw. ihre politische Inszenierung.

Neben der Ansatzhöhe (Individuum, Kleingruppe, große Kollektive) muss auch in der Politischen Psychologie – die ja weniger ein präzises Teilfach als vielmehr eine verschiedene Ansätze und Teilgebiete übergreifende Perspektive repräsentiert – zwischen unterschiedlichen Orientierungen unterschieden werden. Drei wichtige sind die kognitive Psychologie, die Sozialpsychologie und die Psychoanalyse. Die kognitive Psychologie befasst sich mit Strategien

der Informationsverarbeitung und der Bedeutung von persönlichen Überzeugungssystemen („belief systems“<sup>86</sup>). Die Sozialpsychologie untersucht vor allem Beziehungen in und zwischen Gruppen. Die Psychoanalyse schließlich beschäftigt sich mit unbewussten Prozessen, die durch (gesellschaftlich vermittelte) innerpsychische Konflikte verursacht werden und die mit Emotionen, Phantasien, Wiederholungszwängen und Abwehrmechanismen zu tun haben. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang auch die tiefenhermeneutische Kultursoziologie, die im Rahmen eines gesellschaftswissenschaftlichen Zugangs die Inszenierung unbewusster Ängste und Wünsche in sozialen Interaktionen untersucht.<sup>87</sup>

In den internationalen Beziehungen reagieren die Akteure nicht unvermittelt auf die Handlungen anderer Akteure. Sie müssen ihre Handlungen interpretieren, erst auf der Grundlage dieser Interpretationen können sie selbst aktiv werden. Die Interaktionen haben also nicht nur eine strategische, sondern auch eine symbolische Dimension. Jeder Entscheidungsprozess über eine (Re-)Aktion beginnt mit der Verarbeitung von Informationen, keineswegs nur ein passiver Vorgang, sondern ein aktiver Prozess der Konstruktion von Realität. Denn Informationen müssen erkannt, ihre Relevanz für die anstehende Problematik muss eingeschätzt werden. Neue Informationen sind in bereits vorhandenes Wissen zu integrieren, dieses Wissen muss aktualisiert, erweitert oder verändert werden. Schließlich sind aus den Informationen Schlüsse zu ziehen. Dieser Prozess der Informationsverarbeitung folgt nicht nur sozialen (wie im Konstruktivismus), sondern auch psychologischen Einflüssen; und zwar irrationalen, nicht-rational intuitiven sowie affektiven Motivationen, Voreingenommenheiten und Irrtümern. Das gilt insbesondere für Bereiche wie die internationale Politik, die von Ungewissheit und Komplexität geprägt sind.<sup>88</sup>

Die *kognitive Psychologie* betont, dass die Informationsverarbeitung, die Voraussetzung für soziales Handeln ist, Selektionsmechanismen unterliegt, die zu gravierenden Fehlinterpretationen und Fehlleistungen führen können. Das gilt insbesondere für Entscheidungsprozesse, die nicht offen organisiert sind oder unter Zeitdruck stehen. Mehrere Studien haben einen Zusammenhang zwischen dem Komplexitätsgrad in der Informationsverarbeitung politischer Entscheidungsträger und dem Konfliktverhalten von Staaten festgestellt. Rigidität, also voreingenommene und starre Interpretation von äußeren Stimuli, Abwehr dissonanter Informationen, autoritäre Entscheidungsstrukturen und Prestigedenken korrelieren mit Gewaltbereitschaft und Konflikteskalation.<sup>89</sup> Und wenn Führungsgruppen in bestimmte politische Strategien schon viel investiert haben, neigen sie dazu, sich für Informationen, die einen anderen Kurs nahe legen, und für Alternativen nicht mehr offen zu halten. „Entrapment“ nennt man eine Situation, in die sich Entscheidungsträger mehr oder weniger bewusst hineinmanövriert

haben oder haben lassen und aus der sie nur mit erheblichen realen oder symbolischen Verlusten wieder herauskommen. „Augen zu und durch“ wird dann, salopp formuliert, die Devise. Nicht nur vor dem Ersten Weltkrieg, auch bei der Entwicklung zum Kosovo-Krieg 2001 oder in der Irak-Krise im Februar/März 2003 lassen sich viele der genannten Elemente beobachten.

Alle Mechanismen der Informationsverzerrung und Vereinfachung und der Rationalisierung von Entscheidungen laufen nicht deterministisch; es handelt sich um Tendenzen, deren Stärke von verschiedenen Faktoren abhängig ist. Eine entsprechende Motivation, günstige Zielsetzungen und ausreichende Ressourcen können die Informationsverarbeitung deutlich verbessern. Zeitdruck, Stress und Mangel an Ressourcen dagegen führen eher zu Rigidität und Stereotypisierung.<sup>90</sup> Die Vereinfachungen und Verzerrungen können in verschiedene Richtungen gehen, also z.B. die Lage (oder den Gegner) zu optimistisch oder zu pessimistisch einschätzen. Und in der realen Politik geht es nicht um die Wahrnehmung, die Kommunikation und die Auseinandersetzungen zwischen Individuen. Informationsverarbeitung und Entscheidungsprozesse sind immer in Institutionen und in politische Konstellationen eingebunden.

*Sozialpsychologische Forschungen* haben gezeigt, dass es sozialen Gruppen oft schwer fällt, ohne die Abwertung anderer Gruppen ihre Identität zu definieren und ihren Zusammenhalt zu gewährleisten, und dass sie unterschiedliche Maßstäbe anlegen bei der Bewertung eigenen bzw. fremden Verhaltens. Auch in der internationalen Politik begegnet uns dieser Mangel an Objektivität, häufig als „double standard“ bezeichnet. Ein immer wieder genannter Fall ist der Abschuss eines koreanischen Zivilflugzeuges über Sibirien durch sowjetische Luftabwehrraketen im Jahre 1983, bei dem 269 Menschen ums Leben kamen, und der Abschuss einer iranischen Maschine im Golf durch die amerikanische Marine 1988 mit 290 getöteten Zivilisten. Das erste Ereignis interpretierte US-Präsident Ronald Reagan als Beweis für die Barbarei und den Militarismus der Sowjetunion, das zweite als einen tragischen, aber verzeihlichen Fehler, der auf unglückliche Umstände zurückzuführen sei.<sup>91</sup>

Mein Lieblingsbeispiel für „double standard“ ist die Technologie der Mehrfachgefechtsköpfe, mit denen im Laufe der siebziger Jahre zunächst die Interkontinentalraketen der USA und dann auch die der UdSSR ausgestattet wurden. Präsident Richard M. Nixon bezeichnete in einer Rede von 1975 die schon existierenden amerikanischen Mehrfachsprengköpfe als eine stabilisierende, defensive Waffe, eine mögliche sowjetische MIRV-Entwicklung<sup>92</sup> aber als destabilisierend, als einen Beweis für Erstschlagsbestrebungen. In einem *möglichen* sowjetischen Waffenstand, der für Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre vorausgesagt wur-

de, sah er also eine Bedrohung der USA, den faktisch bereits bestehenden Vorsprung der USA deutete er als ungefährlich für die Sicherheit der anderen Seite.

Robert Jervis, der ein klassisches Standardwerk über „Perception and Misperception“ in der internationalen Politik geschrieben hat, nennt dieses Phänomen „The Belief That the Other Understands That You Are Not a Threat“. Das ist die Psycho-Logik, die das Sicherheitsdilemma – eine objektive Problematik, die sich aus der Struktur des internationalen Systems ergibt – auf der subjektiv-emotionalen Ebene verschärft. Denn wenn ich fest davon überzeugt bin, dass meine Rüstung gar nicht als Bedrohung gedeutet werden kann, weil ich ja defensiv bin und nur auf die Rüstung der anderen Seite reagiere, dann kann ich gar nicht anders, als die Rüstung der anderen Seite als böse, d.h. als Ausdruck aggressiver Absichten zu deuten; denn warum sollte die sonst auf meine Rüstung reagieren?<sup>93</sup>

Die Bevorzugung der eigenen und die Abwertung einer anderen Gruppe können sich bis zu aggressiven Feindbildern, ja bis zur politischen Paranoia, also bis ins pathologische Extrem steigern; und damit gehe ich zu *psychoanalytischen Perspektiven* über. Feindbilder sind totalisierend und in der Regel mit einer groben Spaltung zwischen Gut und Böse verbunden; sie erlauben keinen Perspektivenwechsel und keine Perspektivenübernahme und erweisen sich als sehr hartnäckig gegenüber Korrekturimpulsen. Sie sind oft deshalb so stabil, weil sie neben der Komplexitätsreduzierung und der Identitätsstiftung die Funktion der Gruppenkohäsion und der Aggressionskanalisierung erfüllen bzw. übertragen bekommen. Neben die Selbstdefinition über den Kontrast und die Selbstwerterhöhung durch die Diskriminierung tritt hier die projektive Abwehr verleugneter eigener innerer Konflikte, und zwar sowohl psychischer als auch realer Interessenkonflikte. Bei Wir-Bildungen, die nicht durch Dialog und Kompromiss entstanden sind, sondern aufgezwungen oder künstlich hergestellt werden, muss der Zusammenhalt durch ständige Beschwörung von Bedrohungen politisch (pseudo-)stabilisiert werden.

Mit der politischen korrespondiert eine psychische (Pseudo-)Stabilisierung, weil bei dieser Gelegenheit nicht integrierte und unerwünschte Triebregungen projiziert werden können.<sup>94</sup> Das Böse, das man an sich selbst nicht mag, kann man bekanntlich vortrefflich an anderen bekämpfen. Dieses Modell lässt sich auch auf Kollektive übertragen. In einem künstlichen gesellschaftlichen Gruppenzusammenhalt, etwa unter nationalistischen Ideologien, gehen häufig pathologische Machtbedürfnisse von Führungspersonlichkeiten ein verhängnisvolles psychosoziales Arrangement mit den kompensatorischen Größen- und Machtphantasien von Teilen der „Beherrschten“ ein. Besonders anfällig für solche Arrangements sind nach Auffassung des Psychoanalytikers Stavros Mentzos Menschen, denen es nicht vergönnt war, in ihrer Entwick-

lung ein Gleichgewicht zwischen den beiden Grundbedürfnissen nach Autonomie einerseits und Bindung andererseits auszubilden. Aus diesem mangelnden Gleichgewicht, das durch Überanpassung oder chronische Abgrenzung entsteht, ergeben sich destruktive Aggression und kompensatorische, dysfunktionale Machtbedürfnisse. Bei der dysfunktionalen Macht wird die Macht nicht im Sinne der Kompetenz und der Funktionslust (dieses normale und funktionale Machtbedürfnis im Sinne des Etwas-Bewirken-Wollens haben schon Kleinkinder) ausgeübt, sondern um der Macht über andere, also um des Macht-Habens willen. Alle destruktiven Führerpersönlichkeiten leiden unter dieser kompensatorischen Machtsucht. Die Regierten werden von diesen Führern zum Teil einfach mit Gewalt niedergehalten; zum Teil kommt es aber auch zu der erwähnten Kollusion zwischen den Macht- und Größenphantasien nationalistischer (oder anderer) Führer und den vielen individuellen Kompensationsbedürfnissen der so genannten Kleinen Leute, die die Aufblähung des kollektiven Selbst als lustvoll empfinden.<sup>95</sup>

In allen psychoanalytischen Beiträgen, die sich eine gesellschaftswissenschaftliche Perspektive zu Eigen machen, geht es um kollektive Inszenierungen unbewusster, unterdrückter und abgewehrter psychischer Bedürfnisse oder Triebregungen. Idealisierungen der Eigengruppe, Projektion der Abspaltungen und deren Bekämpfung in der Fremdgruppe, Scheinintegration und emotionale Ersatzbefriedigungen, das sind zentrale Mechanismen auf der subjektiven Ebene, die zur gewaltsamen Eskalation von Konflikten auch in den internationalen Beziehungen führen können oder sie zumindest stützen. Der Nationalsozialismus ist dafür ein besonders dramatisches und verhängnisvolles Beispiel. Hitler faszinierte, weil er die Massen über die autoritäre Unterwerfung hinwegtäuschte und die Befriedigung narzisstischer Wünsche nach Größe, Macht und Einssein versprach. Über die charismatischen Masseninszenierungen wurden zugleich weltanschauliche Überzeugungen propagiert, die bei vielen Deutschen auf fruchtbaren Boden fielen. Die nationalsozialistische Weltanschauung suggerierte, dass mit dem Aufstieg Deutschlands jeder Deutsche die Chance erhalten würde, an der einzigartigen Größe und Macht des Dritten Reiches teilzuhaben.<sup>96</sup> Ohne die Instrumentalisierung unerfüllter Träume und unterdrückter Triebimpulse wäre der Nationalsozialismus nicht so erfolgreich gewesen. Diese Erkenntnis kann durchaus gesellschaftskritisch gewendet werden. Es ist nach den Herrschaftsverhältnissen zu fragen, den Sozialisations- und Arbeitsbedingungen, den Institutionen, Traditionen und politischen Polarisierungen, die es verhinderten, dass den Träumen und Triebimpulsen der Menschen Perspektiven einer realitätsgerechteren, humaneren und konstruktiveren Bearbeitung eröffnet wurden. Ähnliche Überlegungen gelten im Prinzip für alle totalitären Massenbewegungen.

Auffällig erscheint mir in diesen Arrangements die Parallele zwischen der Konfliktverleugnung auf der realsozialen *und* der psychischen Ebene. Herrschafts- und Verteilungskonflikte werden künstlich stillgelegt durch Verweis auf die von außen bedrohte Gemeinschaft, gleichzeitig können individuelle und kollektive psychische Konflikte, die aus unerwünschten Triebregungen resultieren, abgeleitet und unerfüllte Sehnsüchte wenigstens ersatzweise befriedigt werden. Die Alternative zu den destruktiven Scheinlösungen wäre für beide Ebenen die dialogisch-dialektische Konfliktbearbeitung.

Ich möchte abschließend am Beispiel des noch andauernden Irak-Krieges die Leistungsfähigkeit politisch-psychologischer Kategorien noch einmal exemplarisch verdeutlichen. Denn hier erweist sich inzwischen auch offiziell – nicht nur durch Berichte von Beteiligten und Experten, sondern auch durch regierungsamtliche Untersuchungen –, dass sich keine der für die Intervention seinerzeit vorgebrachten Begründungen aufrechterhalten lässt. Aber nicht nur das: Es wird immer offensichtlicher, dass wir es mit einer Kette von gravierenden und selbstschädigenden Fehleinschätzungen, Fehlkalkulationen und Fehlentscheidungen zu tun haben. Es dürfte nicht viele vergleichbare Wege zum Krieg geben, in denen Wunschdenken oder „motivated bias“ unter relevanten Entscheidungsträgern, in diesem Fall die Fixierung auf den Großfeind Irak unter Saddam Hussein, eine so große Rolle bei der Selbsttäuschung, der Verzerrung und Manipulation einer Bedrohungslage gespielt haben.<sup>97</sup>

Die Kette von Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen beginnt mit der massiven Unterstützung radikal-islamischer Mudjahedin durch die CIA vermittelt über Pakistan gegen die sowjetische Besatzung in Afghanistan und damit dem Aufstieg Osama bin Ladens. Der afghanische Präsident Najibullah, der 1992 von den Taliban ermordet wurde, hatte noch versucht, Washington davon zu überzeugen, eine Koalitionsregierung in Kabul zu unterstützen, die wenigstens die brutalsten Islamisten von der Macht fernhalten würde. Wenn es nicht gelinge, dem Fundamentalismus in Afghanistan Grenzen zu setzen, dann werde sich das Land zu einem Zentrum des Drogenhandels und des Terrorismus entwickeln. Nach dem Sieg über die Taliban versäumte die US-Regierung nicht nur (wieder) eine nachhaltige Stabilisierung Afghanistans, sondern sogar die nachhaltige Bekämpfung der dort übrig gebliebenen terroristischen Gruppierungen, und zwar aufgrund ihrer Irak-Obsession.

Diese Irak-Obsession war bei Teilen der Regierung Bush jr. von Anfang an so stark, dass sie erst die Gefahr, die von Al Qaida drohte und vor der sie durch die CIA und den Terrorismus-Beauftragten Richard Clarke wiederholt gewarnt wurde, herunterspielte; und als sie durch die Attentate vom 11. September 2001 unübersehbar geworden war, dann mit Saddam Hussein und der möglichen Weitergabe seiner (vermeintlichen) Massenvernichtungswaffen

an die Terroristen in eine enge Verbindung brachte. Der Wunsch, das irakische Regime durch Krieg zu beseitigen, weil es über Massenvernichtungswaffen zu verfügen und Verbindungen zum Terrornetzwerk der Al Qaida zu pflegen schien, und mit diesem „regime change“ einen Demokratisierungsprozess im Nahen Osten einzuleiten, war schließlich so stark, dass die Schwierigkeiten einer demokratischen Neuorganisation, ja überhaupt jeder Nachkriegsordnung des Irak in extrem fahrlässiger Weise unterschätzt wurden. Hatte man sich in der Beurteilung von Saddam Hussein auf einen Extremfall von „worst case“ Annahmen eingelassen, so wählte man für die Erfolgsaussichten des eigenen Vorgehens (wider besseres Wissen) den Extremfall einer „best case“ Analyse.

Heute ist klar:

- dass es keine Massenvernichtungswaffen im Irak und keine Verbindungen zwischen dem Regime und Al Qaida gab
- dass komplexe und in den meisten Fällen nicht eindeutige nachrichtendienstliche Informationen systematisch einseitig interpretiert wurden
- dass die Nachrichtendienste mal mehr, mal weniger subtil unter Druck gesetzt wurden, die (schon festliegenden) Regierungspositionen zu unterstützen
- dass den Inspektionen durch die Vereinten Nationen keine Chance gegeben wurde, die These von den Massenvernichtungswaffen in Händen der irakischen Regierung zu widerlegen, weil man die Widerlegung nicht glauben wollte bzw. sie nicht ins Konzept passte
- dass eine auch nur vorläufige Stabilisierung des Irak mit großen Schwierigkeiten, Verlusten an Menschenleben, erheblichen finanziellen und politischen Kosten verbunden und trotzdem keineswegs sicher sein würde.

Auch wenn man die Dramatik der durch den 11. September 2001 veränderten Sicherheitslage in Rechnung stellt, wird man nicht an der Einsicht vorbeikommen, dass die Regierungen der USA und Großbritanniens in ihre eigenen Deutungsfallen gelaufen sind und letztlich eine Situation herbeigeführt haben, die dem islamistischen Terrorismus nicht den Boden entzog, sondern ihm neue Nahrung, d. h. Argumente, Rekruten und Umfeldler verschaffte.<sup>98</sup>

In ein Gesamtbild der Konfliktanalyse müssen selbstverständlich die materiell-strategischen Gesichtspunkte, also insbesondere Fragen der politischen Kontrolle und des Einflusses in der Region, die überdimensionierte Abhängigkeit gerade der Regierung Bush vom Erdöl und die Sicherheit und Stabilität der Erdöllieferungen (auch im Lichte der Bedenken über die längerfristige Zuverlässigkeit Saudi-Arabiens) sowie die Zukunft des israelisch-palästinensischen Konflikts integriert werden. Hier stünden sich dann wieder rationalistische und politisch-psychologische Interpretationen gegenüber, wobei ich in diesem Fall letzteren Vorrang einräu-

men würde. Die kollektiven Selbsttäuschungen, ja Halluzinationen, vor allem in den USA und dort nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei qualifizierten Journalisten und in weiten Teilen der Bevölkerung sowie das „blind wütende“ Zuschlagen gegen einen Gegner, der mit den erfahrenen und den befürchteten Bedrohungen diesmal wirklich nichts zu tun hatte, erinnern an das Verhalten von Personen mit Posttraumatischem Belastungssyndrom. In diesem Zusammenhang wäre auch die These von der „Ersatzhandlung“ zu diskutieren: Der Irak wurde nicht deshalb angegriffen, weil er die größte Bedrohung darstellte, sondern auch weil man ihn – so schien es jedenfalls – ohne große Risiken und mit hoher Erfolgsaussicht angreifen und so Handlungskompetenz dokumentieren oder sich psychologisch entlasten konnte.

In einem solchen Gesamtbild wären auch Analysen zu berücksichtigen, die sich mit den fundamentalistischen Aufladungen des Konflikts, keineswegs nur bei den islamistischen Terroristen, beschäftigen. Oder wären die grandiosen Phantasien von einer Neuordnung der Welt nach amerikanischem Bilde zu analysieren, „messianic big ideas not properly thought through“,<sup>99</sup> überhaupt das christlich-fundamentalistische Gedankengut, das in der republikanischen Partei und für den Ex-Präsidenten selbst eine wichtige Rolle spielte. Dazu gehören die Einteilung der Welt in Gut und Böse und der Kampf, ja der Kreuzzug gegen das externalisierte Böse (axis of evil) bis hin zu dem von George Bush jr. selbst formulierten Anspruch, die Welt vom Bösen zu befreien. Damit ließe sich die Frage nach der Bedeutung des Identitätsgewinns durch die Selbstdefinition über den Kampf gegen den Feind verbinden. Schließlich wäre die Rolle der Einbettung des politischen Handelns in eine göttliche (Heils-)Planung politisch-psychologisch zu untersuchen und zu bewerten. Nach George W. Bush ist Amerika von Gott berufen, die Welt zum Frieden zu führen, und die Opfer, die es für die Freiheit der Fremden bringt, sind nicht Amerikas Geschenk an die Welt, sondern Gottes Geschenk an die Menschheit.

Dazu möchte ich noch einen anderen psychoanalytisch orientierten deutschen Psychologen zu Wort kommen lassen, der sich durch faszinierende Zeitdiagnosen einen Namen gemacht hat und vielen Zeitungslesern schon bekannt sein dürfte:

Wir müssen vermuten, dass nicht nur religiöser Hass gegen den gottlosen Westen die islamistischen Kommandos beflügelte, sondern auch eine grandiose Phantasie, die sich hinter der Fassade der heiligen Tat verbarg: die todesmutige Vernichtung der vermeintlichen Symbole des Bösen diente auch der Herstellung eigener Größe. Vertraut mit der Bilderwelt des Westens schufen die Selbstmordattentäter ein bleibendes Bild der eigenen Mächtigkeit und der Ohnmacht des verletzten Gegners – mit uns allen als universellen Augenzeugen. Freilich – um das hinzuzufügen und Missverständnissen vorzubeugen – sind auch die westlichen Reaktionen nicht frei von Mustern eines verletzten Narzissmus, wie er sich in der Renaissance eines manichäischen Weltbilds spiegelbildlich äußert: Wenn auf beiden Seiten das Gute den Kampf gegen das Böse führt, ist die wechselseitige Vernichtungsphantasie eines kollektiven pathologischen Narzissmus zu ahnen, der es um die Auslöschung des jeweils anderen geht.<sup>100</sup>



## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze, Theorie, in: dies. (Hrsg.), Politische Theorien, Lexikon der Politik, Bd. 1, München 1995, S. 650-657, hier S. 650
- <sup>2</sup> Ich verwende, wie allgemein üblich, die Großschreibung „Internationale Beziehungen“ (abgekürzt IB) für die Teildisziplin der Politikwissenschaft und die Kleinschreibung „internationale Beziehungen“ (iB) für die realen internationalen Beziehungen.
- <sup>3</sup> Vgl. dazu Arlene B. Tickner/Ole Wæver (Hrsg.), International Relations Scholarship Around the World, London-New York 2009
- <sup>4</sup> Im Folgenden stütze ich mich teilweise auf Anregungen von Reinhard Meyers, Internationale Beziehungen: Wissenschaft, Begriff und Perspektiven, in: Olaf Tauras/Reinhard Meyers/Jürgen Bellers (Hrsg.), Politikwissenschaft III: Internationale Politik, Münster 1994, S. 3-57, hier S. 31-42
- <sup>5</sup> In der Medizin stehen Ärzte und Ärztinnen – von unrühmlichen Ausnahmen wie in der „Medizin ohne Menschlichkeit“ abgesehen – bekanntlich auch auf der Seite der Patientinnen und Patienten, nicht auf der Seite der Bazillen. Im von Christian Reus-Smit und Duncan Snidal herausgegebenen Oxford Handbook of International Relations (London-New York 2008) hat jede Theorietradition einen Parallelbeitrag zu ihren spezifischen normativen Implikationen.
- <sup>6</sup> Der Positivismus macht das „Positive“ (im Sinne von: das „Gegebene“, Tatsächliche, unbezweifelbar Vorhandene) zum Prinzip allen wissenschaftlichen Wissens. Er orientiert sich am systematischen Wissensfortschritt der empirischen Naturwissenschaften und hält sicheres Wissen für effektiv möglich. „Positivistisch“ wird von Gegnern häufig abfällig für naive, unkritische Faktenhuberei verwendet. Vom P. zu unterscheiden ist der „kritische Rationalismus“, der zu Unrecht häufig in denselben Topf geworfen wird. Karl Raimund Popper z.B. war kein Positivist, sondern „kritischer Rationalist“.
- Der Kritische Rationalismus gibt den Anspruch auf absolute Begründung und damit auf Gewissheit auf. Unser gesamtes Wissen besteht aus Hypothesen, deren Wahrheit nie sicher ist (Vermutungswissen) und die wir strengen Prüfungen aussetzen müssen, damit sie sich bewähren können. Wissenschaftliche Aussagen sind nur dann (vorläufig) gültig, wenn sie ausdrücklich so formuliert werden, dass sie sich auch als unzulänglich erweisen können.
- Der „realistische Konstruktivismus“ (hier ist Konstruktivismus als Erkenntnistheorie gemeint) bestreitet, dass eine so strikte Trennung zwischen dem Subjekt der Forschenden und dem Forschungsgegenstand möglich ist, wie das der P. und der K.R. behaupten. Erkenntnis beruht auf dem Doppelaspekt von interner Konstruktion und realistischer Anbindung. Wissen existiert nicht in metaphysischer Unabhängigkeit, es hat immer einen historischen Ort, der zeitlich, räumlich und sozial bestimmt ist, und in seiner Existenz ist es an Subjekte gebunden. Objektivität ist deshalb nur als Intersubjektivität möglich.
- Die „Kritische Theorie“ sieht die Aufgabe der wissenschaftlichen Vernunft darin, sich Gedanken über das Ganze zu machen, also auch nach den Zielen und Zwecken der Gesellschaft und des Fortschritts zu fragen. Gesellschaftliche Tatsachen werden nicht einfach als Tatsachen hingenommen, sondern auf ihr historisches Gewordensein und die sie verändernden Spannungsmomente hin untersucht. Es geht nicht darum, mit Hilfe technischen Wissens in der jeweils gegebenen Gesellschaft erfolgreich zu handeln, sondern die Verhältnisse mit Hilfe der Sozialphilosophie und der Sozialwissenschaften an der normativen Vorstellung einer real als möglich nachzuweisenden herrschaftsfreien und gerechten Gesellschaft zu messen.
- Vgl. dazu Helmut Seiffert/Gerard Radnitzky (Hrsg.), Handlexikon zur Wissenschaftstheorie, 2. Aufl., München 2000 (s.v. Positivismus, Kritischer Rationalismus, Kritische Theorie) und Werner Meinefeld, Realität und Konstruktion: Erkenntnistheoretische Grundlagen einer Methodologie der empirischen Sozialforschung, Opladen 1995
- <sup>7</sup> Die „anarchistische“ Erkenntnistheorie wendet sich keineswegs gegen Sinngebung, sie lehnt jedoch strenge methodische Vorgaben ab und kritisiert die Wahrheitsansprüche der Wissenschaft gegenüber anderen Erkenntnisformen. Vgl. dazu Paul Feyerabend, Über Erkenntnis: Zwei Dialoge, Frankfurt am Main 1995 oder ders., Wider den Methodenzwang, 11. Aufl., Frankfurt am Main 2007
- <sup>8</sup> Max Weber, Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, hrsg. von Johannes Winckelmann, 7. Aufl., Tübingen 1988, S. 146-214, hier S. 207 und 213
- <sup>9</sup> Nach Meyers, Internationale Beziehungen, S. 13 und 37
- <sup>10</sup> Die Kästchen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es durchaus Verbindungen zwischen den einzelnen Bereichen gibt. Wie in Anmkg. 5 schon angedeutet, gibt es unvermeidliche Zusammenhänge zwischen den Realität beschreibenden und deutenden Großtheorien und ethischen Implikationen. Das gilt auch für die Verbindung zur Erkenntnistheorie, auch wenn die Kombinationsmöglichkeiten wieder nicht beliebig sind. So besteht z.B. eine hohe Affinität zwischen dem Konstruktivismus in der IB-Theorie und der konstruktivistischen Erkenntnistheorie.

- <sup>11</sup> Ulrich Menzel, *Zwischen Idealismus und Realismus: Die Lehre von den Internationalen Beziehungen*, 3. Aufl., 3. Aufl., Frankfurt am Main 2004
- <sup>12</sup> Martin List, *Internationale Politik studieren: Eine Einführung*, Wiesbaden 2006, S. 25-40
- <sup>13</sup> Siegfried Schieder/Manuela Schindler (Hrsg.), *Theorien in den Internationalen Beziehungen*, 2. Aufl., Opladen 2006, S. 31; Stephen Chan/Cerwyn Moore (Hrsg.), *Theories of International Relations*, 4 Bde., Thousand Oaks-New Delhi-London 2006
- <sup>14</sup> Das Folgende ist eine Zusammenfassung der Kap. 6-12 von Gert Krell, *Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, 4. Aufl., Baden-Baden 2009
- <sup>15</sup> Siehe dazu Begründer des modernen Realismus wie Edward H. Carr, *The Twenty Years' Crisis, 1919-1939* [1939 bzw. 1946], New York 2001 oder Hans J. Morgenthau, *Macht und Frieden: Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik* [1948], Gütersloh 1963
- <sup>16</sup> Max Weber, *Der Beruf zur Politik* [1919], in: ders., *Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik*, hrsg. von J. Winckelmann, Stuttgart 1968, S. 167-185
- <sup>17</sup> Vgl. dazu ausführlich Richard Ned Lebow, *The Tragic Vision of Politics: Ethics, Interest and Order*, Cambridge-New York 2003 (und kürzer ders., *Classical Realism*, in: Tim Dunne/Milja Kurki/Steve Smith (Hrsg.), *International Relations Theories: Discipline and Diversity*, Oxford-New York 2010, S. 58-76)
- <sup>18</sup> Kenneth Waltz, *Theory of International Politics*, Reading, Mass.-London 1979, S. 121
- <sup>19</sup> John Herz, *Idealistischer Internationalismus und das Sicherheitsdilemma* [1950], in: ders. *Staatenwelt und Weltpolitik*, Hamburg 1974, S. 29
- <sup>20</sup> Waltz, *International Politics*, S. 118. An anderer Stelle schreibt er: „Beyond the survival motive, the aims of states may be endlessly varied; they may range from the ambition to conquer the world to the desire merely to be left alone (a.a.O., S. 91).“
- <sup>21</sup> Vgl. Joseph Grieco, *Anarchy and the Limits of Cooperation*, in: David A. Baldwin (Hrsg.), *Neorealism and Neoliberalism: The Contemporary Debate*, New York 1993, S. 116-140; John J. Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York 2001
- <sup>22</sup> Vgl. etwa Stephen Walt, *The Origins of Alliances*, Ithaca, N.Y. 1987
- <sup>23</sup> Vgl. dazu Mark Mazower, *Hitler's Empire: How the Nazis Ruled Europe*, New York-Toronto-London 2008
- <sup>24</sup> So hat Hans J. Morgenthau die „Kalten Krieger“ noch selbst kritisiert, mit den Neokonservativen hätte er nichts zu tun haben wollen; vgl. Michael C. Williams, *Morgenthau Now: Neoconservatism, National Greatness, and Realism*, in: ders. (Hrsg.), *Realism Reconsidered: The Legacy of Hans J. Morgenthau*, Oxford-New York 2007, S. 216-239
- <sup>25</sup> Lebow, *The Tragic Vision of Politics*, S. X
- <sup>26</sup> Vgl. etwa James L. Richardson, *Contending Liberalisms in World Politics: Ideology and Power*, Boulder, Col. 2001 oder auch Beate Jahn (Hrsg.), *Classical Theory in International Relations*, Cambridge 2006
- <sup>27</sup> Vgl. die grundlegende Darstellung des liberalen Ansatzes bei Andrew Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, in: *International Organization*, 51:4 (Herbst 1997), S. 513-553
- <sup>28</sup> Vgl. Ernst-Otto Czempiel, *Schwerpunkte und Ziele der Friedensforschung*, Mainz-München 1972; ders., *Internationale Politik: Ein Konfliktmodell*, München-Paderborn-Wien 1981 (dort insbesondere Kapitel 7.3: *Die Beziehung zwischen Macht und Herrschaft*)
- <sup>29</sup> Vgl. dazu Ernst-Otto Czempiel, *Friedensstrategien* [1986], 2. Aufl., Opladen-Wiesbaden 1998
- <sup>30</sup> Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden: Ein philosophischer Entwurf*, Königsberg 1796, in: ders., *Werke*, Bd. VI, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Darmstadt 1964, S. 195-251, das Zitat S. 205f. und 209
- <sup>31</sup> Eine systematische Zusammenfassung aus quantitativer Sicht bieten Bruce Russett/John R. Oneal, *Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organization*, New York-London 2001, die eine Präzisierung des Doppelbefundes liefern: Demokratien führen keine Kriege gegeneinander, und gegen Autokratien führen sie nicht häufiger Krieg als andere Autokratien. Die Wahrscheinlichkeit, dass voll entwickelte Demokratien in militarisierte Auseinandersetzungen geraten, liegt 41% unter dem Dyaden-Durchschnitt. Gemischte Dyaden (also eine Demokratie vs. eine Autokratie) liegen 73% darüber, autokratische Dyaden wieder 67% darunter (a.a.O., S. 115). Das unterstreicht die besondere Brisanz des Verhältnisses zwischen Demokratien und Autokratien.
- <sup>32</sup> So Thomas Risse-Kappen, *Democratic Peace: Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument*, in: *European Journal of International Relations*, 1:4 (Dezember 1995), S. 491-517
- <sup>33</sup> Edward D. Mansfield/Jack Snyder, *Electing to Fight: Why Emerging Democracies Go to War*, Cambridge 2005. Weniger kritisch Russett/Oneal, *Triangulating Peace*, S. 276
- <sup>34</sup> Susanne Jonas, *Dangerous Liaisons: The U.S. in Guatemala*, in: *Foreign Policy*, No 193 (Sommer 1996), S. 144-160, hier S. 146f.; vgl. auch dies., *The Battle for Guatemala: Rebels, Death Squads and U.S. Power*, New York 1991. Nicht nur die Waffen und die Ausbildung der Putschisten von 1954 kam von der CIA, sondern auch die Liste mit den Namen der linken Intellektuellen, Politiker, Gewerkschaftler und Studierenden, die von ihnen ermordet wurden.

- <sup>35</sup> Kant, Zum ewigen Frieden, S. 214f.
- <sup>36</sup> Siehe etwa Michael Mann, *The Dark Side of Democracy: Explaining Ethnic Cleansing*, Cambridge 2005
- <sup>37</sup> Vgl. etwa Anna Geis/Harald Müller/Wolfgang Wagner (Hrsg.), *Schattenseiten des Demokratischen Friedens: Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik*, Frankfurt am Main-New York 2007. Aus der internationalen Literatur nenne ich hier nur zwei besonders interessante Aufsätze: Sebastian Rosato, *The Flawed Logic of Democratic Peace Theory*, in: *American Political Science Review*, 97:4 (November 2003), S. 585-602 und Andrew Lawrence, *Imperial Peace or Imperial Method? Sceptical Inquiries into Ambiguous Evidence for the „Democratic Peace“*, in: Richard Ned Lebow/Mark Irving Lichbach (Hrsg.), *Theory and Evidence in Comparative Politics and International Relations*, New York-Houndmills 2007, S. 199-226
- <sup>38</sup> Vgl. dazu Carsten Rauch, *Die Theorie des demokratischen Friedens: Grenzen und Perspektiven*, Frankfurt am Main-New York 2005
- <sup>39</sup> Vgl. dazu die brillante Analyse bei Emanuel Richter, *Der Zerfall der Welteinheit: Vernunft und Globalisierung in der Moderne*, Frankfurt-New York 1992, S. 37-55 (Kant: die Entfaltung universaler Gemeinschaftlichkeit zum globalen Republikanismus)
- <sup>40</sup> Jürgen Habermas, *Kants Idee des ewigen Friedens – aus dem historischen Abstand von 200 Jahren*, in: ders., *Die Einbeziehung des Anderen: Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt 1999, S. 192-236
- <sup>41</sup> An dieser Stelle kann ich auf eine interessante Variante der liberalen IB-Theorie, nämlich den „Bureaucratic Politics“ Ansatz, nicht eingehen; vgl. aber Krell, *Weltbilder und Weltordnung*, S. 216-222
- <sup>42</sup> „Utilitaristen“ gehen davon aus, dass menschliches Verhalten im Wesentlichen auf der rationalen Verfolgung von Eigeninteressen beruht; „Normativisten“ sehen den Menschen eher als ein von Normen geleitetes soziales Wesen.
- <sup>43</sup> Zur Begründung der „grotianischen“, die er auch die „internationalistische Tradition“ nennt, vgl. Hedley Bull, *The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics* [1977], 3. Aufl., London 2002, S. 23-26. Bull verwendet noch nicht die neuere Terminologie, die sich inzwischen eingebürgert hat. Der Begriff „Realismus“ ist für ihn selbstverständlich, aber Grotius bezeichnet er als „Internationalisten“, Kant als „Universalisten“.
- <sup>44</sup> Bull, *Anarchical Society*, S. 42 (Betonungen von mir)
- <sup>45</sup> Ebda., S. 71 (meine Übersetzung)
- <sup>46</sup> Vgl. dazu Barry Buzan, *From International to World Society? English School Theory and the Social Structure of Globalization*, Cambridge-New York 2004, Kap. 6 (The Primary Institutions of International Society)
- <sup>47</sup> Vgl. David Mitrany, *The Functional Theory of Politics*, London 1975
- <sup>48</sup> Robert O. Keohane/Joseph S. Nye, *Power and Interdependence* [1977], 3. Aufl., New York-London 2001; Robert O. Keohane, *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy* [1984], Neuausgabe Princeton, N.J. 2005. Eine immer noch nützliche deutschsprachige Einführung bietet Harald Müller, *Die Chance der Kooperation: Regime in den internationalen Beziehungen*, Darmstadt 1993. Eine vorzügliche Zwischenbilanz zum Forschungsstand der Regimetheorie, die realistische, institutionalistische und konstruktivistische Perspektiven integriert, enthält das Buch von Andreas Hasenclever/Peter Mayer/Volker Rittberger, *Theories of International Regimes*, Cambridge 1997. Eine neuere Bilanz der „Tübinger Schule“ liefern Andres Hasenclever/Klaus Dieter Wolf/Michael Zürn (Hrsg.), *Macht und Ohnmacht internationaler Institutionen: Festschrift für Volker Rittberger*, Frankfurt-New York 2007
- <sup>49</sup> Vgl. dazu Helmut Breitmeier, *Entstehung und Wandel des globalen Regimes zum Schutz der Ozonschicht*, in: Thomas Gehring/Sebastian Oberthür (Hrsg.), *Internationale Umweltregime: Umweltschutz durch Verhandlungen und Verträge*, Opladen 1997, S. 27-44
- <sup>50</sup> Vgl. die nützliche Bilanz der Differenzen zwischen Realismus und Institutionalismus bei Robert Jervis, *Realism, Neoliberalism, and Cooperation: Understanding the Debate*, in: *International Security*, 24:1 (Sommer 1999), S. 42-63; Jervis verwendet hier noch den Begriff „Neoliberalismus“ für das, was heute allgemein als rationalistischer oder utilitaristischer Institutionalismus bezeichnet wird.
- <sup>51</sup> Dazwischen liegen freilich Phasen der Anpassung der revolutionären Theorie an die etablierten Verhältnisse, liegen verschiedene Vermittlungen zwischen revolutionärem Anspruch und klassischer Machtpolitik. Vgl. dazu den Beitrag von Egbert Jahn in diesem Band. Die historischen Teile sind ausführlicher nachzulesen bei Egbert Jahn, *Sowjetische und russländische Weltpolitik*, in: Manfred Knapp/Gert Krell (Hrsg.), *Einführung in die Internationale Politik*, 3. Aufl., München-Wien 1996, S. 109-146.
- <sup>52</sup> Für alle drei Ansätze vgl. das Kapitel über Marxismus bei Krell, *Weltbilder und Weltordnung*, S. 263-316. Für die Darstellung der Regulationstheorie orientiere ich mich teilweise an Joachim Hirsch, *Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesses des kapitalistischen Staatensystems*, Hamburg 2005. Für eine breitere marxistische bzw. marxistisch inspirierte Perspektive der internationalen Beziehungen insgesamt empfehle ich Henk Overbeek, *Rivalität und ungleiche Entwicklung: Einführung in die internationale Politik aus der Sicht der Internationalen Politischen Ökonomie*, Wiesbaden 2008 oder Hans-Jürgen Bieling, *Internationale Politische Ökonomie: Eine Einführung*, Wiesbaden 2007

- <sup>53</sup> Herman M. Schwartz, *States versus Markets: The Emergence of a Global Economy*, 2. Aufl., Houndmills, Basingstoke-New York 2000, S. 178 (ein vorzügliches Buch, das nicht primär marxistisch argumentiert, aber für marxistische Perspektiven offen ist)
- <sup>54</sup> Ebd., S. 190
- <sup>55</sup> Keynesianisch“ ist abgeleitet von John Maynard Keynes (1883-1946), einem berühmten britischen Ökonomen, der die Notwendigkeit staatlicher Rahmensteuerung in der Wirtschaft (z.B. des „deficit spending“ im Abschwung) theoretisch begründet hat.
- <sup>56</sup> Vgl. dazu Hirsch, *Materialistische Staatstheorie*, S. 124-140
- <sup>57</sup> Zur Krise der US-Hegemonie siehe ausführlich Schwarz, *States versus Markets*, S. 281 ff. (Kapitel 13 und 14)
- <sup>58</sup> Zur Rolle der Finanzmärkte und zu den Stabilisierungsversuchen vgl. Bieling, *Internationale Politische Ökonomie*, S. 140 ff. (Kap. 4.1.3)
- <sup>59</sup> Barry Buzan/Richard Little, *International Systems in World History: Remaking the Study of International Relations*, Oxford-New York 2000
- <sup>60</sup> Vgl. insbesondere Immanuel Wallerstein, *The Modern World System I*, San Diego, Cal. 1974; *The Modern World System II*, New York 1980; *The Modern World System III*, San Diego, Cal. 1989
- <sup>61</sup> Ich fasse hier zusammen Immanuel Wallerstein, *The Three Instances of Hegemony in the History of the Capitalist Economy*, in: ders., *Politics of the World-Economy*, S. 37-46; vgl. aber auch ders., *The Rise of the States-System: Sovereign Nation-States, Colonies, and the Interstate System*, in: ders., *World Systems Analysis*, S. 42-59
- <sup>62</sup> Ich stütze mich für die Kritik auf Aristide Zolberg, *Origins of the Modern World System: A Missing Link*, in: *World Politics*, 33:2 (Januar 1981), S. 253-281; vgl. auch Heinz-Günter Vester, *Geschichte und Gesellschaft: Ansätze historisch-komparativer Soziologie*, Berlin-München 1995, S. 106ff. oder Anthony Giddens, *The Nation-State and Violence: Volume Two of A Contemporary Critique of Historical Materialism*, Berkeley-Los Angeles 1987, S. 167ff.; vgl. auch die stärker ökonomische Kritik und die Periodisierungsfragen, die Buzan/Little, *International Systems*, S. 62-66 zusammengestellt haben.
- <sup>63</sup> Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die Weltwirtschaft damals aus einer Vernetzung von Küstenstreifen bestand, die eine riesige Zahl von Mikroökonomien umgaben, die *nicht* in den Weltmarkt integriert waren. Es gab also einen Weltmarkt *vor* integrierten nationalen Ökonomien. Anders wäre die Weltmarkthegemonie eines so kleinen Landes wie die Niederlande nicht zu erklären (siehe Schwartz, *States versus Markets*).
- <sup>64</sup> Schwartz, *States versus Markets*, S. 56-58
- <sup>65</sup> Dieter Senghaas, *Alternative Entwicklungswege von Exportökonomien* (dort der Abschnitt „Zur Kritik einiger Aspekte des Weltsystem-Ansatzes“), in: ders., *Von Europa lernen: Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen*, Frankfurt am Main 1982, S. 147-243, das Zitat S. 218f.
- <sup>66</sup> Giovanni Arrighi, *The Three Hegemonies of Historical Capitalism*, in: Stephen Gill (Hrsg.), *Gramsci, Historical Materialism and International Relations*, Cambridge-New York-Melbourne 1993, S. 148-185, hier S. 153 (Betonung von mir). Arrighi argumentiert insgesamt mehr politisch-ökonomisch als Wallerstein, er unterstreicht auch Unterschiede zwischen den verschiedenen Hegemonien. Vgl. auch Overbeek, *Rivalität und ungleiche Entwicklung*, der immer wieder differenziert, auch kritisch, auf Wallerstein Bezug nimmt.
- <sup>67</sup> Vgl. Schwartz, *States versus Markets*, Kapitel 2 (*States, Markets, and the Origins of International Inequality*)
- <sup>68</sup> Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hrsg.), *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft: Eine Einführung*, Frankfurt am Main 1995; Uta Ruppert (Hrsg.), *Lokal bewegen – global verhandeln: Internationale Politik und Geschlecht*, Frankfurt am Main 1998; J. D. Kenneth Boutin, *Gender and International Relations: A Selected Historical Bibliography*, York (Centre for International and Security Studies, Occasional Paper Number 23) 1994
- <sup>69</sup> Im Englischen kann man zwischen „sex“ (dem biologischen Geschlecht) und „gender“ (dem sozialen Geschlecht) unterscheiden.
- <sup>70</sup> Vgl. Uta Ruppert, *Theorien Internationaler Beziehungen aus feministischer Perspektive*, in: dies., *Lokal bewegen – global verhandeln*, S. 27-55, hier S. 44-48
- <sup>71</sup> Cynthia Enloe, *Bananas, Beaches and Bases: Making Feminist Sense of International Politics* [1989], Neuausgabe Berkeley-Los Angeles-London 2000.
- <sup>72</sup> Zitiert nach Richard New Lebow, *Kognitive Blockierung und Krisenpolitik: Deutsche Entscheidungsträger im Juli 1914*, in: Reiner Steinweg (Hrsg.), *Kriegsursachen (Friedensanalysen 21)*, Frankfurt 1987, S. 191-247, hier S. 222
- <sup>73</sup> Vgl. Stephen J. Ducat, *The Wimp Factor: Gender Gaps, Holy Wars, and the Politics of Anxious Masculinity*, Boston 2004, S. 184
- <sup>74</sup> Cynthia Enloe, *Globalization and Militarism: Feminists Make the Link*, Plymouth 2007, S. 48
- <sup>75</sup> Bob Woodward, *Plan of Attack*, New York-London-Toronto 2004, S. 178
- <sup>76</sup> Jean Bethke Elstain, *Women and War*, 2. Aufl., Chicago-London 1995, S. 100 und S. 111, Fußnote

- <sup>77</sup> Vgl. dazu Richard Ned Lebow/Janice Gross Stein, *We All Lost the Cold War*, Princeton, N.J. 1994, die Zitate auf S. XI und 110 (Übersetzung von mir)
- <sup>78</sup> Richard C. Eichenberg, *Gender Differences in Public Attitudes Toward the Use of Force in the United States, 1990-2003*, in: *International Security*, 28:1 (Sommer 2003), S. 110-141
- <sup>79</sup> Alexander Wendt, *Social Theory of International Politics*, Cambridge 1999, S. 253
- <sup>80</sup> Wendt, *Social Theory*, und ders., *Anarchy Is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics*, in: James Der Derian (Hrsg.), *International Theory: Critical Investigations*, Houndmills-London 1995, 129-177 (zuerst 1992 in *International Organization*)
- <sup>81</sup> Nach Richard New Lebow/Janice Gross Stein, *We All Lost the Cold War*, Princeton, NJ 1993, S. 142
- <sup>82</sup> Vgl. Wendt, *Anarchy*, S. 156-160
- <sup>83</sup> Michael Barnett, *Culture, Strategy, and Foreign Policy Change: Israel's Road to Oslo*, in: *European Journal of International Relations*, 5:1 (März 1999), S. 5-36
- <sup>84</sup> Vgl. dazu Gert Krell, *West German Ostpolitik and the German Question*, in: *Journal of Peace Research*, 28:3 (August 1991), S. 311-323. Ich nehme in diesem Artikel nicht Bezug auf den Konstruktivismus, aber er würde sich gut für eine konstruktivistische Umformulierung eignen.
- <sup>85</sup> Ich konzentriere mich hier auf die Zweiteilung, obwohl die Losung in Westdeutschland ursprünglich hieß: „dreigeteilt niemals“. Die Hoffnungen, nicht nur die SBZ (sowjetisch besetzte Zone), sondern auch die „unter polnischer Verwaltung“ stehenden Ostprovinzen wiederzuerlangen, waren von Anfang an illusionär.
- <sup>86</sup> „Belief systems“, Überzeugungssysteme, sind eine Art Filter, die Individuen einsetzen, um einen ganzheitlichen Eindruck von ihrer sozialen Umwelt zu gewinnen.
- <sup>87</sup> Zu der von Alfred Lorenzer entwickelten tiefenhermeneutischen Kulturosoziologie vgl. Hans-Dieter König, *Tiefenhermeneutik als Methode kulturosoziologischer Forschung*, in: Ronald Hitzler/Anne Honer (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik: Eine Einführung*, Opladen 1997, S. 213-241
- <sup>88</sup> Yaacov Y. I. Vertzberger, *The World in Their Minds: Information Processing, Cognition, and Perception in Foreign Policy Decisionmaking*, Stanford, Cal. 1990, S. 343
- <sup>89</sup> Vgl. dazu den Forschungsbericht von Michael D. Young/Mark Schafer, *Is There Method in Our Madness? Ways of Assessing Cognition in International Relations*, in: *Mershon International Studies Review*, 42:1 (Mai 1998), S. 63-96
- <sup>90</sup> Psychoanalytisch gesprochen zur Regression in archaische Ängste und kindliches Schwarz-Weiß-Denken.
- <sup>91</sup> Vgl. Jonathan Mercer, *Reputation and International Politics*, Ithaca, N.Y. 1996, S. 57. Eine psychoanalytische Interpretation würde hier auf den Zusammenhang zwischen Aggressionsverleugnung und Projektion hinweisen: Damit die eigene Idealisierung aufrechterhalten werden kann, muss das Böse an anderer Stelle verfolgt werden.
- <sup>92</sup> MIRV steht für „multiple independently targetable re-entry vehicle“, ein Euphemismus für unabhängig ziel-fähige atomare Sprengköpfe auf Raketen. Was ist schon ein „re-entry vehicle“ im Vergleich zu einer Atom-bombe! In der Psychologie nennt man das „meaningless assigns“ oder „bureaucratic detachment“, in der Psychoanalyse würde man von „Derealisierung“ sprechen.
- <sup>93</sup> Robert Jervis, *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton, N.J. 1976, S. 57ff. und 354f.
- <sup>94</sup> Vgl. Stavros Mentzos, *Pseudostabilisierung des Ich durch Nationalismus und Krieg*, in: Christa Rohde-Dachser (Hrsg.), *Über Liebe und Krieg. Psychoanalytische Zeitdiagnosen*, Göttingen-Zürich 1995, S. 66-84, hier S. 74-76
- <sup>95</sup> Vgl. dazu Stavros Mentzos, *Der Krieg und seine psychosozialen Funktionen*, 2. Aufl., Göttingen 2002, S. 207f.
- <sup>96</sup> Vgl. dazu Hans-Dieter König, *Hitler als charismatischer Massenführer: Tiefenhermeneutische Fallrekonstruktion zweier Sequenzen aus dem Film „Triumph des Willens“ und ihre sozialisationstheoretische Bedeutung*, *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 4:1 (1996), S. 7-42
- <sup>97</sup> Belege bei Krell, *Weltbilder und Weltordnung*, S. 412-13
- <sup>98</sup> Vgl. die sorgfältige und differenzierte Detailanalyse von Lawrence Freedman, *War in Iraq: Selling the Threat*, in: *Survival*, 46:2 (Sommer 2004), S. 7-49 und die emphatischere Version bei Jeffrey Record, *Threat Confusion and its Penalties*, in: *Survival*, 46:2 (Sommer 2004), S. 51-71. Ausführliche Rekonstruktionen der zahllosen (Fehl-) Entscheidungsprozesse in der Bush-Administration vor und während des Irak-Krieges u. a. bei Woodward, *Plan of Attack*, und ders., *State of Denial*, New York-London-Toronto 2006
- <sup>99</sup> Brian Urquhart, *A Cautionary Tale*, in: *The New York Review of Books*, 10. Juni 2004, S. 10
- <sup>100</sup> Martin Altmeyer, *Im Spiegel des Anderen: Anwendungen einer relationalen Psychoanalyse*, Gießen 2003, S. 255f.

---

## Weiterführende Literatur

### 1. Handbücher und Lexika

Walter Carlsnaes/Thomas Risse/Beth A. Simmons (Hrsg.), *Handbook of International Relations*, London-Thousand Oaks-New Delhi 2002

Martin Griffiths/Steven C. Roach/M. Scott Solomon, *Fifty Key Thinkers in International Relations*, 2. Aufl., New York-London 2008

Carlo Masala/Frank Sauer/Andreas Wilhelm (Hrsg.), *Handbuch der Internationalen Politik*, Wiesbaden 2010

Dieter Nohlen (Hrsg.), *Lexikon der Politik*, 7 Bde., München 1995-1998 (insbesondere Bd 1: Politische Theorien, hrsg. von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze, Bd. 6: Internationale Beziehungen, hrsg. von Andreas Boeckh, und Bd. 7: Politische Begriffe, hrsg. von Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze und Suzanne S. Schüttemeyer)

Christian Reus-Smit/Duncan Snidal (Hrsg.), *The Oxford Handbook of International Relations*, Oxford-New York 2008

Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, 11. Aufl., Bonn 2007

### 2. Zeitschriften

European Journal of International Relations

International Feminist Journal of Politics

International Organization

International Relations

International Security

International Studies Quarterly

Journal of Peace Research

Millennium

Political Psychology

Review of International Political Economy

World Politics

Zeitschrift für Internationale Beziehungen

Zeitschrift für Politische Psychologie

### 3. Monographien und Sammelbände zur Geschichte der IB-Theorie

David Boucher (Hrsg.), *Political Theories of International Relations*, Oxford 1998

Chris Brown/Terry Nardin/Nicholas Rengger (Hrsg.), *International Relations in Political Thought: Texts from the Ancient Greeks to the First World War*, Cambridge, Mass. 2002

Ian Clark/Iver B. Neumann (Hrsg.), *Classical Theories of International Relations*, 2. Aufl., Basingstoke-London 1999

---

Mark V. Kauppi/Paul R. Viotti, *The Global Philosophers: World Politics in Western Thought*, New York-Oxford-Toronto 1992

Torbjörn Knutsen, *A History of International Relations Theory*, 2. Aufl., Manchester-New York 1997

Walter Reese-Schäfer, *Klassiker der politischen Ideengeschichte: Von Platon bis Marx*, München-Wien 2007

Phil Williams/Donald Goldstein/Jay Shafritz (Hrsg.), *Classic Readings and Contemporary Debates in International Relations*, 3. Aufl., Florence, KY 2005

#### **4. Allgemeine Literatur zu Theorien in den IB**

John Baylis/Steve Smith/Patricia Owens (Hrsg.), *The Globalization of World Politics: An Introduction to International Relations*, 4. Aufl., Oxford-New York 2008

Scott Burchill/Andrew Linklater/Richard Devetak/Jack Donnelly/Terry Nardin/Matthew Paterson, *Theories of International Relations*, 4. Aufl., Houndmills, Basingstoke-New York 2009

Stephen Chan/Cerwyn Moore (Hrsg.), *Theories of International Relations*, 4 Bde., Thousand Oaks-New Delhi-London 2006

Tim Dunne/Milya Kurki/Steve Smith (Hrsg.), *International Relations Theories*, 2. Aufl., London-New York 2010

Colin Elman/Miriam Fendius Elman (Hrsg.), *Progress in International Relations Theory: Appraising the Field*, Cambridge, Mass.-London 2003

Martin Griffiths (Hrsg.), *International Relations Theory for the Twenty-First Century: An Introduction*, New York 2007

Gunther Hellmann/Klaus Dieter Wolf/Michael Zürn (Hrsg.), *Die neuen Internationalen Beziehungen: Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden 2003

Robert Jackson/Georg Soerensen, *Introduction to International Relations: Theories and Approaches*, 3. Aufl., London 2007

Gert Krell, *Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, 4. Aufl., Baden-Baden 2009

Ursula Lehmkuhl, *Theorien Internationaler Politik: Einführung und Texte*, 2. Aufl., München-Wien 2000

Christiane Lemke, *Internationale Beziehungen: Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder*, 2. Aufl., München-Wien 2008

Martin List, *Internationale Politik studieren: Eine Einführung*, Wiesbaden 2006

---

Ulrich Menzel, *Zwischen Idealismus und Realismus: Die Lehre von den Internationalen Beziehungen*, 3. Aufl., Frankfurt am Main 2004

Joseph S. Nye, *Understanding International Conflicts: An Introduction to Theory and History*, 7. Aufl., New York 2008

Siegfried Schieder/Manuela Spindler (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, 2. Aufl., Opladen 2006

Frank Schimmelfennig, *Internationale Politik*, Paderborn-München-Wien 2008

Jennifer Anne Sterling-Folker (Hrsg.), *Making Sense of International Relations Theory*, Boulder, Col. 2006

Arlene Tickner/Ole Wæver (Hrsg.), *International Relations Scholarship Around the World*, London-New York 2009

Paul R. Viotti/Mark V. Kauppi, *International Relations Theory: Realism, Pluralism, Globalism*, 4. Aufl., Harlow 2009

Cynthia Weber, *International Relations Theory: A Critical Introduction*, 2. Aufl., Abindon-New York 2005

Fassung vom 11. April 2010

Adresse des Autors: Prof. Dr. Gert Krell, Im Langgewann 37, 65719 Hofheim